



96. Sitzung

am Dienstag, dem 14. Februar 2017, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 8478

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Hans
Lukas** 8478

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten
Markus Blume 8478

Antrag gem. § 64 BayLTGeschO auf Aufnahme
eines Tagesordnungspunkts
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 8478

Beschluss..... 8478

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN

**"Endlich wieder frei durchatmen. Für saubere
Luft statt Feinstaub und Abgasen."**

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 8478
Hans Ritt (CSU)..... 8480
Florian von Brunn (SPD)..... 8482
Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 8484
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 8485
Bernhard Roos (SPD)..... 8486 8487
Karl Freller (CSU)..... 8487
Staatsministerin Ulrike Scharf..... 8488

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a.
und Fraktion (SPD)
**zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsge-
setzes (Drs. 17/15339)**
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsge-
setzes (Drs. 17/15426)**
- Erste Lesung -

Martin Güll (SPD)..... 8490
Prof. Dr. Michael Piazolo
(FREIE WÄHLER)..... 8492
Michael Hofmann (CSU)..... 8493
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 8495

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 8496

**Besetzung des Bayerischen Verfassungsge-
richtshofs**
**Neuwahl von zwei berufsrichterlichen Mitglie-
dern**

Geheime Wahl..... 8496
Ergebnis..... 8501

Bestellung
**eines Mitglieds in den Beirat für Informations-
und Kommunikationstechnik**

Beschluss..... 8496

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 8497

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. (SPD)
Meldepflicht für Nebentätigkeiten von Beamten
(Drs. 17/14419)

Beschlussempfehlung des
Dienstrechtsausschusses (Drs. 17/15155)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD)..... 8497
Wolfgang Fackler (CSU)..... 8498
Peter Meyer (FREIE WÄHLER)..... 8499
Markus Ganserer (GRÜNE)..... 8500

Beschluss..... 8501

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa I
Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion
(Drs. 17/12541)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15279)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa II
Soziale Rechte in allen Mitgliedstaaten klären
(Drs. 17/12542)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15280)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa III
Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa
(Drs. 17/12543)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15281)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa IV
Arbeitnehmerrechte in Verordnung festschreiben
(Drs. 17/12544)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15282)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa V
Europaweit koordinierter und existenzsichernder Mindestlohn
(Drs. 17/12545)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15278)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VI
Sozialsysteme der EU-Mitgliedsländer auf hohem Niveau verbessern
(Drs. 17/12546)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15283)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VII
Investitionen neu justieren
(Drs. 17/12547)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15284)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VIII
Steuergerechtigkeit herstellen
(Drs. 17/12548)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15285)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa IX
Jugendarbeitslosigkeit europaweit bekämpfen
(Drs. 17/12605)

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
(Drs. 17/15286)

Georg Rosenthal (SPD)..... 8502 8505

Dr. Martin Huber (CSU).....	8504 8505		
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER).....	8506		
Christine Kamm (GRÜNE).....	8507		
Staatsministerin Emilia Müller.....	8508 8510		
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	8510		
Beschluss zum Antrag 17/12541.....	8511	Beschluss zum Antrag 17/12545.....	8511
Beschluss zum Antrag 17/12542.....	8511	Beschluss zum Antrag 17/12546.....	8511
Beschluss zum Antrag 17/12543.....	8511	Beschluss zum Antrag 17/12547.....	8511
Beschluss zum Antrag 17/12544.....	8511	Beschluss zum Antrag 17/12548.....	8511
		Beschluss zum Antrag 17/12605.....	8512
		Schluss der Sitzung.....	8512

(Beginn: 14.01 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich darf Sie jetzt bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben und eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 11. Februar verstarb im Alter von 81 Jahren Herr Hans Lukas. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1994 an und vertrat für die CSU den Wahlkreis Oberpfalz. Während seiner Abgeordnetentätigkeit war er unter anderem Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, im Ausschuss für Sozial- und Gesundheitspolitik sowie insbesondere im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, dessen Themen ihm zeitlebens besonders am Herzen lagen. Für Landwirtschaft, Fischerei und die Belange des ländlichen Raums setzte er sich auch in ehrenamtlichen Funktionen, etwa bei der Landjugendbewegung oder beim Bayerischen Bauernverband, ein.

Als langjähriges Mitglied des Kreistages von Neustadt an der Waldnaab und in drei Jahrzehnten als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Kirchendemenreuth engagierte sich Hans Lukas zudem intensiv für die Belange der Menschen in der Oberpfalz. Für seinen vielfältigen Einsatz wurde er mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. –

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darf ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen. Heute feiert Herr Kollege Markus Blume Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

Nun habe ich einen Antrag zur Geschäftsordnung, meine Damen und Herren. Kollege Streibl, bitte sehr.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung und bitten darum, beim Tagesordnungspunkt 2 – Gesetzentwurf

zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes – einen Gesetzentwurf von uns, der Fraktion der FREIEN WÄHLER – auch zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes – mit aufzunehmen und heute mit zu beraten. Es ist im Grunde aus parlamentsökonomischen Gründen sinnvoll, das heute gemeinsam zu machen. Sonst würden wir nächste Woche im Plenum noch einmal darüber reden; auch im Ausschuss wären die Gesetze beisammen. Von daher bitte ich, der Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes zuzustimmen.

Es geht darum, dass den Schülerinnen und Schülern, die eine Schule besuchen wollen, die weiter entfernt ist als die normale Schule, zumindest die Kosten der Schülerbeförderung bis zur nächstgelegenen Schule ersetzt werden. Von daher bitte ich um Zustimmung zu dem Geschäftsordnungsantrag.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Streibl. Gibt es eine Äußerung zu diesem Antrag? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann können wir schon über diesen Antrag abstimmen. Wer für den Geschäftsordnungsantrag ist und die Erste Lesung heute mit auf die Tagesordnung nehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Dann ist einstimmig beschlossen, dass die Tagesordnung entsprechend ergänzt wird.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Endlich wieder frei durchatmen. Für saubere Luft statt Feinstaub und Abgasen."

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. – Erster Redner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Herr Kollege Hartmann. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fitnessraum im Bayerischen Landtag war in den letzten Wochen deutlich voller als hier das Plenum. Sicher hat das auch damit zu tun, dass nach der Weihnachtspause

das eine oder andere Pfund weg muss. Mir persönlich war es in den letzten Wochen draußen auch deutlich zu kalt, um Sport zu betreiben. Aber vielleicht gibt es auch noch einen ganz anderen Grund, warum so viele drinnen Sport gemacht haben, nämlich weil in den letzten Wochen Bewegung draußen in den Städten in Bayern wegen Feinstaubalarms und zu viel Stickstoffdioxids in der Luft einfach gesundheitsschädlich war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kollegen aus Mittelfranken haben in der letzten Woche vielleicht auch in den "Nürnberger Nachrichten" gelesen – ich zitiere –:

Aber auch als Gesunder würde ich in diesen Tagen nicht gerade eine Joggingrunde einlegen. Dabei nimmt man nämlich bis zum Zweihundertfachen an belasteter Luft auf.

Das sagte Prof. Dr. Joachim Ficker von der Universität in Nürnberg.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn der Lungenexperte bereits gesunden Menschen davon abrät, draußen Sport zu betreiben und sich draußen aktiv zu bewegen, wie sieht es dann bei den älteren Menschen und bei den Menschen aus, die chronisch krank sind, die Asthma haben? Wir wissen ganz genau: Die Dieselfahrzeuge in unseren Städten verpesten unsere Luft und setzen giftige Abgase frei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie lösen Bronchitis aus, verursachen Asthma und führen zu Lungen- und Kreislaufschäden. Das ist alles bekannt. Einer Tatsache muss man sich auch bewusst werden: Es gibt in Deutschland zwischen 7.000 und 10.000 Todesfälle, die auf das Konto der Autoabgase gehen. Das sagen uns wissenschaftliche Untersuchungen. Da müssen bei jedem die Alarmglocken läuten. Das können wir doch nicht weiter akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, man muss sich wirklich einmal bewusst machen: Autoabgase sind in diesem Land für mehr als doppelt so viele Menschenleben verantwortlich wie Verkehrsunfälle. Ja, Autos sind in den letzten Jahren sicherer geworden. Airbags und Gurte, Antiblockiersysteme, und was noch alles, wurden eingeführt. Autofahren ist so sicher wie noch nie, und das ist auch gut so. Aber was ist mit den Menschen, die unter den Abgasen leiden? Wie werden sie eigentlich in diesem Land geschützt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie schützen wir die Familie, an deren Fenster sich täglich im wahrsten Sinn des Wortes eine Blechlawine vorbeidrückt? Wie schützen wir chronisch Kranke? Wie schützen wir unsere Kinder? Wie schützen wir ältere Menschen? Wie schützen wir Schwangere? All diese Fragen müssen beantwortet werden.

Das Urteil aus dem letzten Sommer liegt bereits seit acht Monaten vor. Von dieser Staatsregierung hat man nichts, aber auch gar nichts gesehen, um dieses Problem endlich anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die Ursachen eines Problems bekannt sind, ist es für uns GRÜNE eine Selbstverständlichkeit, die Ursachen zu beheben und an einer Lösung zu arbeiten. Man darf das nicht auf die lange Bank schieben. Ich sehe es bereits an einigen Gesichtern: Sie alle werden denken, dass Stuttgart die gleichen Probleme hat.

(Hans Ritt (CSU): Größere!)

– Ja, richtig: Stuttgart hat Probleme. Dort gibt es eine gewaltige Feinstaubbelastung, wie auch in einer ganzen Reihe bayerischer Städte. Aber wissen Sie, was der entscheidende Unterschied zwischen einer Regierung mit einem verantwortungsvollen Ministerpräsidenten und dieser Staatsregierung ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man konnte es ganz deutlich der "Süddeutschen Zeitung" vom 11. Oktober 2016 entnehmen: "Kretschmann kämpft für Diesel-Fahrverbote". Man kann auch weitergehen und in die Datenbank des Bundesrates schauen. Dann sieht man: Das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg – ich möchte daran erinnern, dass die CDU dort an der Regierung beteiligt ist – hat bereits im Oktober letzten Jahres einen Verordnungsantrag in den Bundesrat eingebracht. Raten Sie einmal, wer diesen Antrag unterstützt? – Das schwarz-grün regierte Hessen ist mit dabei. Wer bremst mal wieder bei dieser Sache? – Ihr Verkehrsminister Dobrindt auf Bundesebene, der immer der Lobby der Autoindustrie folgt und nicht den Schutz der Menschen in den Vordergrund stellt. Das ist skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber kommen wir von Baden-Württemberg zurück nach Bayern. Ob München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Bamberg oder Würzburg – fast alle diese Städte leiden unter einer massiven Feinstaubproblematik und unter Abgasen in der Luft.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, ich fasse kurz zusammen, worum es geht. Erstens ist ein Zusammenhang zwischen Autoabgasen, Krankheiten und Todesfällen in diesem Land belegt. Zweitens werden Grenzwerte nicht eingehalten. Drittens gibt es ein Gerichtsurteil, das die Staatsregierung dazu verdonnert hat, binnen eines Jahres eine Lösung auf den Tisch zu legen.

Was ist passiert? – Ich sage es Ihnen: Sie haben gar nichts dafür getan, dass die Luft in unseren Städten wieder sauberer wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Lüge!)

Sie machen keinen Finger krumm, um gesundheitlichen Schäden entgegenzuwirken. Sie schieben das auf die lange Bank. Sie sehen tatenlos zu, wie Menschen krank werden, leiden und sterben.

Dazu sage ich ganz deutlich: Wir haben in den letzten Monaten auf politischer Ebene viel über Dieselfahrzeuge diskutiert. Wir alle wissen doch, dass der "saubere Diesel" eine Mogelpackung ist. Das wissen wir seit dem VW-Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen auch, dass die sauberen Autos nicht von selbst auf die Straßen kommen. Aber auch dabei bremst diese Regierung auf Berliner Ebene immer wieder, sodass wir keine besseren Grenzwerte bekommen.

Was können wir eigentlich tun? Dieses Thema ist mir ganz wichtig; denn es geht um die Gesundheit der Menschen in unserem Land, die wir einem Risiko aussetzen. Wir müssten sie diesem Risiko nicht aussetzen. Schauen wir wieder einmal nach Baden-Württemberg. Die Frage ist: Was kann man machen? Eine verantwortungsvolle Regierung nimmt sich dieses Themas an, das durchaus eine Herausforderung ist.

Die Landesregierung hat die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg beauftragt, drei Szenarien durchzurechnen und zu prüfen, was man machen kann.

Erstes Szenario – das ist der Weg dieser Staatsregierung –: Man tut gar nichts. Dann stellt man fest, dass die Grenzwerte bis 2020 nicht eingehalten werden. Das ist klar.

Das zweite Szenario sieht vor, den Autoverkehr um ein Fünftel zu reduzieren.

Das dritte Szenario beschäftigt sich mit der Frage, was passiert, wenn man eine blaue Plakette einführt, um Dieselfahrzeuge, die nicht der Norm Euro 6 entsprechen, nicht in die Umweltzone einfahren zu lassen.

Das Ergebnis ist klar und eindeutig. Der erste Weg bringt gar nichts; denn die Fahrzeuge werden nicht von selbst so schnell sauberer. Der zweite Weg führt in die richtige Richtung, reicht aber bei Weitem nicht aus. Das Ergebnis ist ganz deutlich: Der Weg der Einführung einer blauen Plakette funktioniert. Wir würden die Stickstoffdioxidbelastung in den Städten mit diesem Instrument schlagartig halbieren.

Deswegen fordere ich Sie auf, die Initiative von Baden-Württemberg, die dort von Ihren Partnern und auch von Hessen unterstützt wird, im Bundesrat zu unterstützen, um hierbei voranzukommen und um den Städten endlich die Möglichkeit zu geben, die Bevölkerung vor diesen Abgasen zu schützen. Das wäre verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Es gibt kein Recht, die Luft zu verschmutzen. Es gibt ein Recht auf saubere Luft und Gesundheit in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Verantwortung müssen Sie gerecht werden. Das Problem wird kein bisschen kleiner, wenn Sie es immer wieder auf die lange Bank schieben. Es löst sich nicht von selbst. Es löst sich, wenn man Mut zeigt, entschlossen ist und handelt.

Schauen Sie nach Baden-Württemberg. Dort wird vorgemacht, wie der Weg funktionieren kann. Diesen Weg erwarten wir auch für Bayern, damit wir endlich wieder frei durchatmen können – das alles jetzt und nicht erst 2030. Dass es geht, zeigt Baden-Württemberg. Das wäre eine verantwortungsvolle Politik, die wir erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Hartmann. – Für die CSU-Fraktion spricht jetzt Kollege Ritt. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hans Ritt (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist mal wieder typisch für die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, sich an kleinen Dingen hochzuziehen und diese aufzubauschen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist keine Kleinigkeit! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Herr Kollege Hartmann, wenn Sie mir zuhören, kann ich Ihnen viele Dinge widerlegen. Ich widerlege Ihnen, bevor ich zu meinem Manuskript komme, als Erstes Folgendes: Sie sagen, wir sollen den Städten die Möglichkeit geben, ihre Bürger vor den Abgasen zu schützen. – Ich sage Ihnen: Die Möglichkeit gibt es heute schon. Warum fahren in den Städten München oder Nürnberg keine Busse, die den Normen Euro 4 oder Euro 5 oder sogar Euro 6, wenn es ganz gut ist, entsprechen? Warum fahren in diesen Städten keine Busse mit CNG-Antrieb? Der Kollege Walter Nussel ist leider nicht da. Wir waren in der letzten Woche bei MAN in München.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Sie sind jetzt ruhig. Ich habe vorher auch zugehört.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein!)

– Ich habe zugehört. Wir waren bei MAN in München. MAN bietet Hybridbusse und CNG-Busse. MAN liefert Busse nach Ankara. Dort fahren 1.200 Busse. Warum fahren in der Landeshauptstadt München keine CNG-Busse?

(Florian von Brunn (SPD): Wie viel Anteil hat das denn an den Schadstoffen?)

– 98 % weniger Stickoxide, 95 % weniger Feinstaub.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie den Städten wieder reine Luft geben wollen, ist die Landeshauptstadt als erste Stadt gefordert, Busse mit CNG-Antrieb einzusetzen.

(Florian von Brunn (SPD): Wie viel gibt die CSU-Staatsregierung für die Busförderung? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Für CNG-Busse gibt es vom Wirtschaftsministerium Zuschüsse, die bei etwa 25 % liegen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Informieren Sie sich, bevor Sie solche Zwischenrufe machen.

(Heiterkeit bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Ein reines Ablenkmanöver!)

Jetzt komme ich aber zu meinem Manuskript. Ich wollte das bloß am Anfang klarstellen.

Das Gesamte und die damit einhergehenden kausalen Zusammenhänge werden komplett ignoriert und ausgeblendet. Charakteristisch für die GRÜNEN ist, mit dem Finger auf andere zu zeigen, anstatt selbst aktiv zu werden und einen eigenen persönlichen Beitrag zu leisten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich habe gar kein Auto! – Katharina Schulze (GRÜNE): Ich auch nicht! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich darf Ihnen sagen: Ich sehe niemanden von den GRÜNEN mit einem Elektroauto im Landtag vorfahren.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich habe gar kein Auto!)

Ich sehe keinen mit einem CNG-Auto vorfahren. Ich praktiziere das seit zehn Jahren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist auch für mich persönlich hoch brisant und aktuell, aber eine reine und edle Gesinnung der GRÜNEN, die wohl hinter dieser Themenwahl stecken soll, kann ich nicht erkennen. Die Entwicklung der Immissionssituation weist für Bayern im Jahr 2016 einen anhaltend positiven Trend mit Blick auf die Feinstaub-PM10-Grenzwerte auf. An allen Messstationen in Bayern sind – wohlgemerkt im Jahr 2016 – die PM10-Grenzwerte eingehalten worden. Das betrifft sowohl den Jahresmittelwert als auch die maximal zulässige Anzahl der Überschreitungen des Tagesmittelwerts. Im langfristigen Verlauf sind deutliche Minderungen der PM10-Feinstaubbelastung festzustellen, die auf die Wirkung der zahlreichen Maßnahmen, zum Beispiel durch Luftreinhaltepläne, und auf die günstigen meteorologischen Bedingungen zurückzuführen sind.

Seit Anfang 2017 haben wir ein Problem, weil wir aufgrund der Kälte eine Inversionswetterlage haben und kein Luftaustausch mehr stattfindet. Ich darf auch bemerken: Durch diese Inversionswetterlage haben wir an Sonnen- und Windstrom am 18. Januar um 9.00 Uhr früh nur 2 Gigawattstunden ernten können, obwohl wir in Deutschland 91 Gigawattstunden aufgebaut haben. 91 Gigawattstunden sind aufgebaut. Auch dafür ist die Inversionswetterlage verantwortlich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ist der Herrgott für das Staatsversagen schuld, oder? – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das macht das Problem aber nicht besser!)

Dieser Effekt kann erst durch eine Änderung der Wetterlage – Wind und Regen – aufgelöst werden. Eine menschliche Einflussnahme ist hier kaum möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, ich habe Ihnen vorhin auch zugehört; ich habe Ihnen nicht einmal widersprochen. Sie haben mich gesehen. Ich bitte, genau das Gleiche – –

(Florian von Brunn (SPD): Aber dann müssen Sie vernünftiger reden!)

– Wenn ich mir überlege, was Sie Unvernünftiges von sich geben, Herr Kollege von Brunn, müsste ich die ganze Zeit dazwischenreden.

(Beifall bei der CSU)

In der öffentlichen Wahrnehmung und den politischen Diskussionen in Deutschland ist überwiegend von den Hotspot-Messungen die Rede, zum Beispiel am Neckartor in Stuttgart und an der Landshuter Allee in München. Die NO₂-Immissionsgrenzwerte können an solch verkehrlich stark belasteten, unter ungünstigen Bedingungen zur Schadstoffverteilung leidenden Orten, zum Beispiel Straßenschluchten, nicht eingehalten werden. Sie geben damit jedoch eine Selbstverständlichkeit wieder: Mitten im Verkehr sind die Schadstoffwerte am höchsten. Doch die gemessenen Höchstbelastungen an Hotspots sind keinesfalls ein Indikator für die Luftqualität im gesamten Stadtgebiet. Untersuchungen des Landesamts für Umwelt haben gezeigt, dass wenige Meter abseits der Hauptverkehrswege, an denen NO₂-Grenzwertüberschreitungen festgestellt werden, wesentlich geringere Belastungen vorliegen. An der höchstbelasteten Münchner Messstation Landshuter Allee mit Überschreitungen um das Doppelte des Grenzwertes wird im Abstand von circa 50 Metern bereits die Einhaltung der Grenzwerte erreicht; im nächsten Straßenzug werden also keine Überschreitungen mehr festgestellt.

Die Lösung des Problems muss am Fahrzeug gefunden werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Da vertrauen Sie auf VW, oder?)

– Genau. Deswegen brauchen wir verstärkt Euro 6. Es liegt an Europa. Europa hat 2013/2014 die Schadstoffklasse Euro 6 eingeführt. Wenn Euro 6 spätestens im Jahr 2020 durchschlägt, werden wir bei NO_x – Monoxid und Dioxid – keine Überschreitungen mehr haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Spätestens 2019/2020 greift Euro 6. Hätte Europa die Norm Euro 6 früher eingeführt, hätten wir schon heute das Problem nicht mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hätten die Automobilkonzerne nicht beschissen!)

– Da geht es nicht nur um NO_x, sondern vorwiegend um Feinstaub.

Die NO₂-Jahresmittelwerte weisen im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang auf. An der Inntal-Autobahn, Streckenabschnitt Oberaudorf, wurde der Jahresmittelwert mit 40 Mikrogramm je Kubikmeter erstmals eingehalten. Zum ersten Mal seit Einführung des Grenzwerts wurde die zulässige Anzahl von Überschreitungen des Stundenmittelwertes für NO₂ an allen Messstationen in Bayern eingehalten. An der Landshuter Allee in München wurde dieser Grenzwert bis dato sicherlich regelmäßig überschritten, doch 2016 lag dort erstmals an insgesamt 13 Stunden eine Konzentration von über 200 Mikrogramm je Kubikmeter Luft vor. Erlaubt sind 18 Stunden. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 wurden an der Landshuter Allee noch 192 Überschreitungen des Stundenmittelwertes verzeichnet. Sie sehen: Die Tendenz weist nach unten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dank der Umweltzonen!)

Spätestens 2019/2020 haben wir die Grenzwerte im Griff.

Für die restlichen in der 39. BImSchV festgelegten Immissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Blei, Benzol, CO – Kohlenmonoxid – wurden im Jahr 2016 wie auch in den letzten Jahren keine Überschreitungen festgestellt. Dies ist auch in Zukunft nicht zu erwarten.

Die Probleme hinsichtlich der Einhaltung der Grenzwerte für Feinstaub und NO₂ sind deutschlandweit und europaweit noch nicht gelöst. Um einen Erfolg sicherzustellen, muss die Maßnahmenplanung verursacherbezogen ablaufen. Wichtig dabei ist, dass die Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Allein auf die Kontrolle setzen wir nicht. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Ritt. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von Brunn für die SPD. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute über ein ernstes Thema. Schadstoffe aus Hausbrand, Verkehr, Gewerbe und Industrie in der Luft ma-

chen krank und sind weltweit für viele vorzeitige Todesfälle verantwortlich. Stickoxid, Staub und Rußpartikel erhöhen das Risiko für Atemwegserkrankungen und verstärken Allergien; Rußpartikel wirken sogar krebserregend. Nach Studien am Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz sterben in der Europäischen Union jährlich 180.000 Menschen vorzeitig an Feinstaub und Ozon, davon 35.000 in Deutschland. Rund 20 % dieser Todesfälle – so das Institut – sind auf Abgase von Autos zurückzuführen. Die Europäische Umweltagentur ging 2015 sogar von 430.000 Todesfällen durch Feinstaub in Europa aus. Das Umweltbundesamt beziffert die Zahl der Todesfälle allein in Deutschland auf rund 47.000. Die Zahl der durch Stickstoffdioxid bedingten Todesfälle soll bei uns circa 10.000 im Jahr betragen. Das sind erschreckende Zahlen – deswegen auch ein dringender Handlungsauftrag an die Politik!

(Beifall bei der SPD)

Herr Ritt, ich finde es deswegen auch unangemessen, hier über Busse in Großstädten zu sprechen, die nur einen minimalen Anteil an den Belastungen durch diese Schadstoffe haben. Dazu möchte ich auch noch sagen: Die Busförderung des Freistaats ist geradezu mikroskopisch klein.

(Beifall bei der SPD – Hans Ritt (CSU): Vorbildfunktion!)

Aus der Sicht der bayerischen Städte und Großstädte brauchen wir deshalb dringend einen rechtlichen Rahmen, der es den Kommunen in Bayern ermöglicht zu handeln, wenn die Grenzwerte überschritten werden. Dementsprechend gab es im April 2016 auch einen einstimmigen Beschluss der Umweltministerkonferenz, also der Umweltminister aller Bundesländer, auch von Bayern, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Leider ist aber der von der CSU gestellte Bundesverkehrsminister, der auch in dem Abgasskandal schmachvoll versagt hat, nicht bereit, diese Möglichkeit mitzutragen.

(Beifall bei der SPD)

Mit Einschränkungen und Verboten allein können wir das Problem aber nicht lösen, weil unsere Gesellschaft auf Mobilität angewiesen ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen auch keine Lösung, die Mobilität zu einem Luxusgut macht, das sich nur Reiche leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen brauchen wir eine Verkehrswende hin zu einem klima- und umweltfreundlichen Verkehr, der zugleich sozial gerecht und für alle Menschen bezahlbar

ist. Diese Verkehrswende lässt sich am besten ausgehend von den großen Städten organisieren. "Verkehrswende" bedeutet konkret die schrittweise Reduzierung von Verbrennungsmotoren, den drastischen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, eine starke Förderung der E-Mobilität und eine starke Förderung des Fahrradverkehrs. Leider finden wir bei der CSU-Staatsregierung aber wenig Einsicht und Bewegung, die nach wie vor im fossilen Zeitalter lebt und fossile Politik betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Die Entscheidung für die zweite Stammstrecke kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, den öffentlichen Verkehr in Bayern sträflich vernachlässigen. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs aus Mitteln des Freistaates liegt heute pro Jahr um fast 60 Millionen Euro unter den Zahlen von 2003. Jenseits der zweiten Stammstrecke stockt zum Beispiel der Ausbau des Münchner S-Bahn-Netzes. Das sogenannte 13-Punkte-Sofortprogramm der Staatsregierung ist ein Rohrkrepierer. Das hat der verantwortliche Minister Herrmann vor wenigen Wochen selbst erklärt. Er hat es nämlich für gescheitert erklärt.

Es geht aber nicht nur um München. Was ist mit der Weiterentwicklung der S-Bahn im Großraum Nürnberg – Fürth – Erlangen zur Stadtumlandbahn? Was ist mit einem S-Bahn-Verkehr für Augsburg? Wo sind die Initiativen und Planungen der CSU-Staatsregierung? Fehlanzeige! Das Gleiche gilt auch für die E-Mobilität. Horst Seehofer selbst hat 2008 angekündigt, dass bis zum Jahr 2020 in Bayern 200.000 Elektrofahrzeuge unterwegs sein sollen. Laut Pressemitteilung des Innenministeriums vom April 2016 waren damals gerade etwas über 4.000 Elektrofahrzeuge zugelassen. Angesichts Ihrer vollmundigen Versprechungen ist das ein klägliches Wert.

(Beifall bei der SPD)

Auch den Fahrradverkehr fördern die großen Städte lieber selber, wie es München mit seiner Radinitiative und den umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten für seine Stadtviertel zeigt. Von der Staatsregierung kommt dazu herzlich wenig. Dabei ließen sich laut Aussagen des Umweltbundesamtes in den Ballungsräumen 30 % der Pkw-Fahrten auf das Fahrrad verlagern.

Mein Fazit: Eine Verkehrswende hin zu einem umweltfreundlichen und sozial verträglichen Verkehr ist mit der CSU offensichtlich nicht möglich. Deswegen verwundert es nicht, dass Bayern in der aktuellen Be-

wertung der "Allianz pro Schiene" beim Mobilitätsindex wieder nur den vorletzten Platz einnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Zierer von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde könnte von den GRÜNEN noch um folgenden Satz erweitert werden: "Die GRÜNEN lassen ihr Auto stehen." Die Überschrift würde dann lauten: "Endlich wieder frei durchatmen. Für saubere Luft statt Feinstaub und Abgasen. Die GRÜNEN lassen ihr Auto stehen." Das wäre doch ein gutes Beispiel.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Mein Auto steht in der Garage!)

Dieses Thema wird in der Öffentlichkeit aber auf eine Frage zugespitzt: Soll es im Innenstadtbereich Fahrverbote für Dieselfahrzeuge geben? Die Aktuelle Stunde zu diesem Thema wurde heute von den GRÜNEN angesetzt, weil am Donnerstag der Bayerische Verwaltungsgerichtshof darüber entscheidet, ob die Landeshauptstadt München für den Stachus und für die Landshuter Allee Luftreinhaltemaßnahmen schon früher als geplant einleiten muss. Ich stelle mir dabei die Frage, ob man die ausstehende Gerichtsentscheidung nicht abwarten konnte und ihr mit dieser Aktuellen Stunde vorgreifen musste. Wenn wir heute über die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Feinstaub und Abgase sprechen, sprechen wir nicht über Lappalien. Feinstaub und Stickoxide machen krank. Wie viele Menschen jährlich an den Folgen der Luftverschmutzung sterben, lässt sich seriös kaum sagen. Eines ist aber sicher: Jedes Jahr sterben in Deutschland Menschen direkt oder indirekt an den Folgen der Luftverschmutzung.

Zum Feinstaub: Überall dort, wo sich besonders viel Feinstaub in der Luft konzentriert, steigt die Zahl der Herzinfarkte, die Zahl der tödlich verlaufenden Schlaganfälle, aber auch die Zahl der Atemwegserkrankungen wie Asthma oder Ähnliches. Grundsätzlich gilt: Je kleiner die Partikelgröße, desto größer sind die Auswirkungen auf die Gesundheit. Allerdings muss man anerkennen, dass die Feinstaubbelastung mit PM10 im Jahresmittel abgenommen hat. 2015 wurde an der Landshuter Allee der Grenzwert nur noch an 13 Tagen überschritten, während es im Jahr 2013 noch fast 40 Tage waren. Richtig ist aber auch, dass es im Jahr 2017 bis Mitte Februar an 16 Tagen Überschreitungen gab.

Zu den Stickoxiden: Auch Stickoxide führen zu Atemwegserkrankungen. Mit einer zunehmenden Stickoxidbelastung steigt das Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu sterben. Laut Europäischer Umweltagentur gibt es jedes Jahr allein in Deutschland 10.000 vorzeitige Todesfälle, die auf zu hohe Stickoxidemissionen zurückzuführen sind. Im Gegensatz zum Feinstaub sieht es bei Stickoxid gar nicht gut aus. An fast 60 % der städtischen verkehrsnahen Luftmessstationen in Deutschland gab es Überschreitungen des zulässigen Jahresgrenzwerts.

Die Problematik beschränkt sich aber nicht nur auf den Straßenverkehr. Auch im Luftverkehr kann trotz einer neuen sparsamen Triebwerktechnik die Feinstaubbelastung zunehmen. Herr Magerl weiß, wovon ich spreche. Flugzeuge verbrennen Kerosin. Das ist dem Diesel ähnlich.

Wie kann eine Lösung aussehen? – Ich sage vorweg: Wir sprechen uns ganz klar gegen eine pauschale Verbannung von Dieselfahrzeugen aus Innenstädten aus. Dies würde den zahlreichen Besitzern von Dieselfahrzeugen, die Sprit sparen wollen, und dem privaten Handel und Handwerk nicht gerecht werden. Die ganz alten Dieselstinker dürfen ohnehin nicht mehr in die Umweltzonen hineinfahren, weil sie keine grüne Plakette bekommen. Der für die blaue Plakette wichtige Euro-6-Standard ist technisch sehr aufwendig. Falls überhaupt, können die Fahrzeuge nur mit sehr hohen Kosten auf den Euro-6-Standard nachgerüstet werden. Somit würden wir gerade die Halter noch nicht so alter Fahrzeuge treffen. Das sind neben mittelständischem Handel und Handwerk die Menschen aus München und Umgebung, die ihr Fahrzeug für den täglichen Weg in die Arbeit brauchen. Deshalb ist aus unserer Sicht ein pauschales Fahrverbot abzulehnen.

Wir haben aber eine Aufgabe für die Zukunft. Bei Fahrzeugen, die in München sehr viel unterwegs sind – das sind unter anderem auch Taxis –, sollte man daran denken, bei der Verlängerung oder Neuausschreibung von Taxilizenzen oder des öffentlich-privaten Busverkehrs die Ausschreibung so zu gestalten, dass kurzfristig bei Bussen auf Gasantrieb umgestellt und bei Taxis mehr auf Elektrofahrzeuge gesetzt wird.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Denken Sie bitte an die Zeit.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich könnte mir vorstellen, dass der MVV in der Innenstadt komplett auf Elektrobusse umstellt und im Einzugsgebiet von München Gasbusse verwendet. Diese Maßnahmen würden eine rasche und konkrete Erleichterung bringen.

Sie würde nicht einzelne gesellschaftliche Gruppen benachteiligen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Für die CSU hat sich Kollege Dr. Hünnerkopf gemeldet. Bitte.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Wetterlage ist für die GRÜNEN und für die SPD günstig, um dieses in der Tat nicht einfach zu lösende Problem so dramatisch darzustellen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alles nicht so schnell!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie es bei anderen Wetterlagen ist, hat der Kollege Ritt dargestellt. Wir hatten in den Jahren 2012 bis 2016 kaum Probleme mit zu hohen Werten an Feinstaub, Stickoxiden und dergleichen. Daraus wird deutlich, dass wir ein ganzes Stück des Weges hinter uns haben, wengleich wir nicht zufrieden sein können – darin sind wir uns einig – und noch vieles von uns bewältigt werden muss. Allein die Tatsache, dass München im Jahr 2004 einen Luftreinhalteplan erstellen und diesen inzwischen schon sechs Mal überarbeiten musste, weil die Werte jedes Mal nicht eingehalten werden konnten, macht deutlich, dass wir vor vielschichtigen Herausforderungen stehen, die nicht mit einfachen Lösungen, auch nicht mit einer blauen Plakette, bewältigt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns einig, was geändert werden muss.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir sind uns nicht einig!)

– Kollege, seien Sie bitte mal ruhig und hören Sie zu!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein, ich bin nicht ruhig!)

– Ich lasse Sie auch reden, wenn Sie hier vorne stehen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Pfaffmann, Sie kennen die Regeln für Zwischenrufe.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Was der Pfaffmann will, das wissen doch alle hier. Er verfolgt da sehr subtile Ziele.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir aber neugierig! Wir sind in dieser Frage ganz wissbegierig! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Subtil!)

Wir müssen die Emissionen reduzieren. Wir haben noch eine Flotte von Fahrzeugen mit zu hohem Schadstoffausstoß. Wir werden hier mit Sicherheit weiterkommen.

(Florian von Brunn (SPD): Schaffen wir das bis 2020?)

Wenn die Euro-6-Norm bis zum Jahr 2020 von allen Autos erfüllt wird, werden wir mit Sicherheit ein ganzes Stück weiter sein. Ich darf darauf hinweisen: Wenn es darum geht, den Autoverkehr in der Stadt zu reduzieren, gerade hier in München,

(Florian von Brunn (SPD): Da blockiert uns die CSU leider!)

dann ist das auch mit dem Bau der zweiten Stammstrecke verbunden. Damit kann ein gewaltiger Schritt nach vorne gegangen werden. Sicher, wir haben diese morgen noch nicht. Aber das, was Sie hier immer diskutieren, ist sehr einfach gestrickt. Sie tun nämlich so, als ob wir mit einer Maßnahme möglichst morgen oder übermorgen alles erledigen könnten, wenn wir nur ihren klugen Vorschlägen folgten. Die Realität ist anders. Wir müssen auch die Menschen mitnehmen, die zum Beispiel in der Innenstadt arbeiten oder dort als Gewerbetreibende unterwegs sind. Wir müssen ihnen mehr Zeit lassen, und Autos müssen angeboten werden, die weniger emittieren, um sukzessive das zu erreichen, was unser aller Ziel ist, nämlich die Belastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Rußpartikeln deutlich zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung steht dafür, dass vernünftige Schritte gegangen werden. Wer keine Verantwortung trägt, kann natürlich Unmögliches fordern und so tun, als ob er den Stein der Weisen gefunden hätte und entsprechend handeln würde, wenn er nur dürfte. Meine Damen und Herren, wir sind nicht dafür zu haben – das wurde deutlich gesagt –, bis zum Jahr 2030 völlig aus der Verwendung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor auszusteigen. Wir wollen deren Anzahl sicher deutlich reduzieren. Wir wollen die Elektromobilität voranbringen. Das ist nicht so einfach. Auch mit einer Vorgabe von einer Million oder zwei Millionen Elektrofahrzeugen ist es nicht getan. Das sehen wir, und es müssen ganz konkrete Schritte vorbereitet und gegangen werden, um das Ziel zu erreichen.

Alles in allem sind wir ein weites Stück des Wegs vorangekommen. Wir wissen aber auch, dass es nicht mit einer Zauberformel getan ist. Das erfordert viele Schritte. Insofern ist unser Ansinnen ganz klar. Wir sind gegen Maßnahmen wie die blaue Plakette, mit der viele Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Leidtragenden würden. Wir wollen Lösungen, die für alle erträglich

lich sind. Insofern ist unser Antrag entsprechend formuliert.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die SPD hat sich Kollege Roos gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Bernhard Roos (SPD): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Die Luft ist rein." – Das ist in vielen Situationen eine Formulierung, die einem Erleichterung verschafft. Aber nicht nur in den Großstädten, sondern auch im ländlichen Raum ist das oft nur Wunschdenken. Die Luft ist alles andere als rein. Da bietet es sich natürlich an – die GRÜNEN haben dieses Klavier treffend gespielt –, "Dieselgate" zum Anlass dafür zu nehmen, Verbrennungsmotoren generell ins Abseits zu stellen, insbesondere Dieselmotoren. Ich werde das zurechtrücken.

VW, Audi und Fiat – ich nenne Fiat ganz bewusst, weil dort der Betrug ebenso offenkundig ist –, haben sich an kaufmännischen Grundsätzen versündigt, aber natürlich auch an der Gesundheit der Bevölkerung weltweit. Wenn man für wenige Euro Technologie einspart und dann Milliarden Euro an Strafzahlungen leisten muss, dann verdienen die Manager das, was ihnen momentan passiert, auch wenn sich das geneigte Publikum am Streit zwischen Piëch und Winterkorn im Moment vielleicht nur delektiert. Aber da liegt nicht der Schlüssel. Wir brauchen Strafzahlungen dieser Konzerne zugunsten der Umwelt, und wir brauchen diese Strafzahlungen auch als Schadensersatz zugunsten der Kunden, die massiv Vertrauen verloren haben. Dieses Vertrauen müssen wir und muss primär die Industrie wiedergewinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Krisen sind Chancen. Auch diese Krise ist eine Chance, um zu neuen Abgasnormen zu kommen, wie es meine Gewerkschaft, die IG Metall, will, die dann wirklich eingehalten werden und von allen Seiten geprüft werden. Was Dobrindt und das Kraftfahrt-Bundesamt hier geliefert haben, war eine absolut schlechte Leistung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wer wie die GRÜNEN meint, er könne jetzt schnell auf Elektromobilität umsteigen, muss erklären, woher der Primärstrom kommt. Wie viele Kraftwerke wollt ihr denn dafür bauen? Das funktioniert nicht. Deswegen brauchen wir den Diesel mit Euro 6 als Übergangstechnologie.

(Karl Freller (CSU): Da hat er recht! Richtig!)

Ein Bus in dieser Norm emittiert mittlerweile weniger Schadstoffe als ein Pkw; er hat ein ganzes Chemiewerk hinten drin. Ich ergänze: Auch der Benziner kommt nicht aus der Schmutzdecke heraus. VW und Audi werden ab dem kommenden Jahr sukzessive alle Benzinmotoren ebenfalls mit Partikelfiltern ausrüsten – ich sage: sogar ausrüsten müssen! Ich bin absolut für schärfere Grenzwerte.

Nötig sind eine Stärkung des ÖPNV und des Schienenpersonennahverkehrs. Dafür muss interkommunal deutlich mehr gemacht werden. Der Freistaat Bayern hat seit dem Jahr 2003 den kommunalen Unternehmen und den privaten Unternehmen über 800 Millionen Euro an Busförderung vorenthalten.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Das hat dazu geführt, dass die Busse im Freistaat älter sind, mehr Schadstoffe ausstoßen und damit der Bevölkerung schaden. Das ist der Skandal neben dem, was VW und Audi verbochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Förderung der Elektromobilität ist kein Nullsummenspiel. Ein Bus mit Elektroantrieb kostet doppelt so viel wie ein Bus mit Dieselantrieb. Das muss für die Kommunen natürlich aufbereitet werden, zumal sie nicht nur den Bus kaufen, sondern auch die Infrastruktur bereitstellen müssen. Das ist eine staatliche Aufgabe für Bund und Land.

Ich wundere mich, lieber Kollege Hans Ritt. Du bist ein Kaminkehrer. Warum hast du keine Silbe über den Hausbrand gesagt? Das frage ich mich. Nachtigall, ich hör dir trapsen – auch wenn du nichts gesagt hast.

(Lachen bei der CSU – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Eine Frechheit!)

Der Verkehr hat an den Emissionen einen Anteil von etwa 25 %, der Hausbrand von etwa 40 %.

(Hans Ritt (CSU): Weniger!)

– Das sagst du. Ich sage 40 %.

(Heiterkeit bei der SPD – Hans Ritt (CSU): Ich bin vom Fach!)

Es ist ein absoluter Trugschluss der CSU, ein neues Programm aufzulegen, nämlich das 10.000-Häuser-Programm, mit dem wiederum Ölheizungen gefördert werden. Diesen Irrsinn muss man mir erst einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht weiter mit dem Hausbrand. Staatsminister Marcel Huber, ich wende mich an Sie. Unter Ihrer Ägide als Umweltminister wurden sogenannte Einzelraumbrandanlagen privilegiert, weil man meint, da steht so ein kuschliger Kachelofen. Aber das sind oft große Anlagen, die das gesamte Haus befeuern, permanent brennen und sehr viel Feinstaub ausstoßen. Damit haben Sie sich auch an der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger versündigt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Denken Sie bitte an die Zeit!

Bernhard Roos (SPD): Ich komme zur Feinstaubdebatte in Passau. Wir haben topographisch Probleme mit dem Verkehr. Wir haben Feinstaubprobleme. Das ist in meiner Heimatstadt an der Donau leider eine Sondersituation. Daran ist auch der Schiffsverkehr schuld. In den Schiffen wird nämlich Schweröl verfeuert. Das ist wirklich Gift hoch drei. Da muss man etwas ändern. Letzter Punkt: Landwirtschaft – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nein, lieber Kollege, Sie haben Ihre Zeit schon um 50 Sekunden überschritten. Jetzt ist Schluss! Also, bitte.

Bernhard Roos (SPD): Ammoniak und Erosion. Das heißt, alle Akteure müssen sich an der Luftverbesserung beteiligen. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke auch. – Dann ist jetzt Kollege Freller für die CSU noch einmal dran. Bitte schön.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich glaube, es ist niemand im Raum, der Staub einatmen will. Es ist wohl niemand im Raum, der möchte, dass seine Angehörigen Staub einatmen, und es ist wohl niemand im Raum, der die Verantwortung dafür übernehmen möchte, dass Menschen über Jahrzehnte zu hohen Belastungen ausgesetzt sind. Deshalb haben wir seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland eine Politik betrieben, die auf immer weniger Abgase, auf immer weniger Staub abzielt. Wenn man weiß, dass in den letzten 40 Jahren die Emissionen auf ein Zehntel reduziert wurden, dann weiß man auch, was geleistet worden ist. Wir wissen aber auch, dass noch eine Wegstrecke vor uns liegt, um möglichst überhaupt keinen Staub zu haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier muss schon einmal eines festgehalten werden: Es führen

verschiedene Wege zu diesem Ziel. Man kann nicht glauben, mit einem bestimmten Weg oder gar mit schnellen Verboten das Problem zu lösen. Für mich ist ganz entscheidend, dass wir dort den Staub minimieren, wo er entsteht, nämlich am Auto selbst. Wir müssen also Antriebe fördern, die wirklich staubfrei sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn jetzt groß in Elektroautos, GTZ- und PTZ-Kraftstoffe und in die Wasserstoffbrennstoffzelle investiert wird, dann ist das der richtige Weg. Ich bin auch dankbar, dass wir vor einiger Zeit bei der Klausur meiner Fraktion in Banz ein Vorstandsmitglied von Audi zu Gast hatten, das uns die neuesten Entwicklungen gezeigt hat und uns Hoffnung machen konnte. Es wird viel geschehen.

(Florian von Brunn (SPD): Das erklären Sie uns seit Jahren!)

Dahinter steht die CSU-Fraktion, dahinter steht die bayerische Politik, und dahinter steht auch die Bundesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was aber nicht angeht: dass man eine Diskussion so führt, als ob man mit schnellen Verboten von Kraftfahrzeugen das Problem lösen könnte. Viele Jahre wurden Dieselmotoren befürwortet, weil sie weniger CO₂-Ausstoß haben. Jetzt dreht sich das Bild, jetzt geht man auf den Diesel los. Jetzt gibt es schon Dieselmotoren, die die Standards erreichen. Allerdings wurden noch vor wenigen Jahren Neuwagen zugelassen, die die Standards nicht ganz erreichen. Man kann doch unmöglich Dieselfahrzeuge einfach verbieten, schon allein wegen des Ressourcenverbrauchs bei der Verschrottung all dieser Autos. Also brauchen wir vernünftige Übergangsfristen.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie auch eines gekauft?)

Die Leute mit kleinerem Geldbeutel sind froh, ein eigenes Auto zu haben. Sie dürften nach vier Jahren damit nicht mehr in die Großstadt fahren. Das geht nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. So kurzfristig kann man keine Politik machen.

(Beifall bei der CSU)

Wissen Sie, wo für mich die GRÜNEN ihre Glaubwürdigkeit endgültig verloren haben – das geht wahrscheinlich allen meinen mittelfränkischen und unterfränkischen Kollegen so –? Beim Frankenschnellweg. Meine sehr verehrten Damen und Herren: Stau schafft Staub!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der meiste Staub entsteht im Stau, der am Frankenschnellweg seit 30 Jahren herrscht und seinerzeit von einer rot-grünen Stadtregierung verursacht worden ist.

(Lachen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben am Frankenschnellweg in Nürnberg das typische Beispiel, dass man mit Staupolitik den allergrößten Umweltschaden anrichtet. Das kann nicht sein, dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe bei der SPD gerade große Widersprüche zwischen Herrn von Brunn und Herrn Roos herausgehört; das wird jedem aufgefallen sein. Der eine bedauert, dass die Busse nicht besser gefördert werden. Der andere sagt, es sei ohnehin nur eine mikroskopisch kleine Busförderung. Lieber Herr von Brunn, wenn man ein Thema so angeht, dass etwas Effizientes als mikroskopisch kleingeredet und verachtet wird, dann kommt man wirklich nicht weiter. Und deshalb meine ich: Bleiben wir vernünftig, und gehen wir einen geraden Weg zum Abbau von Schadstoffen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Freller.

(Florian von Brunn (SPD): Das war ein mikroskopischer Beitrag zur Debatte!)

Für die Staatsregierung erteile ich Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte sehr.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Saubere Luft in Bayerns Städten, ich behaupte, dass dieses Ziel hier und heute 100 % der Anwesenden mit unterschreiben. Niemand in diesem Hohen Haus ist gegen saubere Luft. Wogegen ich aber sehr wohl bin, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, ist erstens Panikpolitik. Sie wissen selbst, dass die Feinstaubkonzentration bei Inversionswetterlagen immer besonders hoch ist und dass genau deswegen, europäisch geregelt, an 35 Tagen im Jahr dieser Wert ausnahmsweise überschritten werden darf.

Ich bin zweitens gegen den moralinsauren Dunst, mit dem Sie das Thema Luftreinhaltung immer wieder auf die Tagesordnung bringen. Wenn man Ihnen zuhört,

könnte man fast den Eindruck bekommen, als sei die Luft in grün-regierten Kommunen ein einziger Hauch von Lavendel.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir wissen, dass dies weder beim Feinstaub noch beim Stickoxid so ist. Der ungekrönte Schadstoffkönig in Deutschland ist ein grüner Oberbürgermeister, und die Messstation am Stuttgarter Neckartor ist Rekordmeister unter allen deutschen Messstationen. Ich denke, das sollten Sie wissen.

Oder wenn wir nach Hamburg blicken, wo ein grüner Senator für die Umwelt zuständig ist: Hamburg ist auf dem besten Weg zur norddeutschen Hauptstadt der Schadstoffbelastung.

In der Tat, meine Damen und Herren, auch in München liegen die Stickoxid-Werte zu hoch, besonders am Stachus und auch an der Landshuter Allee. Wir wissen, dass es nicht der Oberbürgermeister war, der hier für wirksame Gegenmaßnahmen gesorgt hat, sondern ich sage an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten einen herzlichen Dank.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie auch Lösungen?)

Ohne seinen Einsatz wäre die zweite Stammstrecke für die Münchnerinnen und Münchner ein Ewigkeitswunsch geblieben.

(Beifall bei der CSU)

Einigen wir uns also darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Ja, wir haben ein Thema in bayerischen und in deutschen Ballungsräumen. Diskutieren wir dieses Thema ohne moralischen Überlegenheitsstatus. Sie setzen sich hier einen Heiligenschein auf, der Ihnen nicht zusteht.

(Florian von Brunn (SPD): Immer nur Polemik!)

Ich schlage Ihnen vor, dass wir stattdessen gemeinsam einen Weg gehen und an dem Ziel arbeiten, das wir fraktionsübergreifend verfolgen, nämlich saubere Luft für gesunde Bürgerinnen und Bürger.

(Florian von Brunn (SPD): Mit welchen konkreten Maßnahmen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst zu den Fakten kommen. Wir haben in Bayern derzeit 17 Luftreinhaltepläne, von denen die meisten fortgeschrieben sind, von denen die meisten auch neue Maßnahmen enthalten, die umgesetzt werden. In München – das sollten Sie auch wissen – haben wir bereits die sechste Fortschreibung mit konkreten Maßnahmen wie Lkw-Durchfahrtsverbot, Tempolimit

am Mittleren Ring und Umweltzone. All das sind Ergebnisse der Weiterentwicklung der Luftreinhaltepläne. Der Erfolg dieser gemeinschaftlichen Politik von Staatsregierung, Bezirksregierungen und Kommunen ist auch in Zahlen messbar. Wir halten regelmäßig an allen 54 bayerischen Messstationen die Grenzwerte für Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, für Benzol und Blei ein. Seit 2012 – das wissen Sie auch – halten wir außerdem die Feinstaubgrenzwerte ein.

Die GRÜNEN sind ja wirklich ein Panikorchester wider besseres Wissen. Der Tagesmittelwert für Feinstaub kann europaweit an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Wir haben derzeit aufgrund der Inversionswetterlage relativ viele solcher Überschreitungstage. Aber ich sage Ihnen: Abgerechnet wird am Jahresende. Das Jahresergebnis entscheidet und nicht die Messwerte am Jahresanfang.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch beim Stickoxid haben wir einen neuen und wichtigen Erfolg erzielt. Der Stundenmittelwert von 200 Mikrogramm darf maximal an 18 Stunden im Jahr überschritten werden. 2016 lagen wir zum ersten Mal an allen bayerischen Messstationen unter dieser zulässigen Höchstgrenze.

(Beifall bei der CSU)

Und sogar beim Jahresmittelwert, der uns in München und in anderen Städten europaweit die bekannten Probleme macht, können wir kleine Fortschritte verzeichnen. Der Jahresmittelwert darf 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft nicht überschreiten. Diese Grenze konnten wir an der Inntal-Autobahn bei Oberaudorf 2016 erstmals einhalten. Ebenso sind die Jahresmittelwerte für Stickoxid an allen Messstationen insgesamt rückläufig.

Fazit ist also: Die Maßnahmen wirken. Die Luft in Bayern ist gut. Sie wird kontinuierlich besser, weil wir intensiv daran arbeiten und weil wir heute die Aussaat für eine gute Ernte in der Zukunft machen. Dazu braucht es aber noch etwas Geduld. Die neuen Euro-6-Normen sind erst seit Ende 2015 für Kfz-Neuzulassungen verbindlich. Die Berücksichtigung der Real Driving Emissions greift stufenweise, die erste Stufe in diesem Jahr, die zweite 2019. Sie wird die Stickoxidbelastung durch Dieselfahrzeuge maßgeblich senken. Aber der Effekt kann erst dann eintreten, wenn die Fahrzeugflotte eines Landes weitgehend umgestellt ist. Das dauert ein paar Jahre. Das können wir nicht gewaltsam forcieren. Das haben wir auch nicht vor. Wir wollen keine undemokratischen, unsozialen und unverhältnismäßigen Innenstadt-Einfahrtsverbote für Dieselfahrzeuge. In der ganzen Bundesre-

publik gibt es keine pauschalen Einfahrtsverbote. Pauschale Einfahrtsverbote für Dieselfahrzeuge wären nichts anderes als ein Stopp-Schild für weite Teile unserer Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Naturschutz, Klimaschutz, Luftreinhaltung – unser Erfolg hängt maßgeblich davon ab, wie wir die Lebenswirklichkeit der Menschen abbilden. In der Politik folgen wir diesem Grundsatz. Wir ziehen alle sinnvollen, aber auch verantwortbaren Register für gute Luft in unserem Lande. Die Maßnahmen sind auf dem Weg. Wir haben unser Landesamt für Umwelt beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, das die schon heute vorhandenen Möglichkeiten zur Stickoxidminderung im Verkehr untersucht. Wir haben eine neue Bayerische Luftreinhalteverordnung aufgelegt, die Ihnen wahrscheinlich nicht bekannt ist. Sie ist seit dem 1. Januar 2017 in Kraft. Ein zusätzlicher Schwerpunkt dieser Verordnung liegt auf Emissionen von mobilen Geräten wie Baumaschinen. Wir setzen uns für mehr Elektromobilität und mehr emissionsarme Fahrzeuge ein. Damit schaffen wir Anreize für ein neues Zeitalter der Mobilität, in das wir uns gemeinsam als Gesellschaft auf den Weg machen müssen.

Gestalten wir diesen Aufbruch gemeinsam – unabhängig von der Klage der Deutschen Umwelthilfe. Das Ergebnis dieses juristischen Verfahrens bleibt ohnehin abzuwarten. Die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen sind wichtige Anliegen, die über die Parteipolitik hinausreichen. Das müssen wir verantwortungsvoll vorantreiben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Bevor ich Tagesordnungspunkt 2 aufrufe, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass gleich im Anschluss an Tagesordnungspunkt 2 die Neuwahl von zwei berufsrichterlichen Mitgliedern durchgeführt wird. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes (Drs. 17/15339) - Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes (Drs. 17/15426) - Erste Lesung -

Die Begründung und die Aussprache werden miteinander verbunden. Die Redezeit der SPD-Fraktion beträgt elf Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute legen wir einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes vor. Lassen Sie mich am Anfang kurz in die letzte Legislaturperiode zurückblicken. Im Rahmen einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage meines Kollegen Bernhard Roos hat die Staatsregierung darauf hingewiesen, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof vielfach festgestellt hätten, dass sich kein verfassungsrechtlicher Anspruch auf die Kostenfreiheit des Schulweges ergebe.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe. Wenn Sie sich unterhalten möchten, gehen Sie bitte nach draußen.

Martin Güll (SPD): In der Antwort auf die Schriftliche Anfrage schreibt die Staatsregierung weiter:

Es ist allerdings nicht die Aufgabe des Staates, die Schüler und deren Eltern einkommensunabhängig von allen Kosten im Zusammenhang mit der Schülerbeförderung freizustellen bzw. für alle individuellen Härten oder Lebensgestaltungen eigene finanzielle Hilfen bereitzustellen. Die bei einer Ausweitung der Vorschriften entstehenden Mehrkosten führen nicht zu mehr Bildungsgerechtigkeit, verringern aber die bereitstehenden Mittel für die Prioritäten im Bildungsbereich wie eine verbesserte Unterrichtsversorgung, Ausbau der Ganztagschulen, Inklusion, Weiterentwicklung der Hochschulen etc.

Deshalb gibt es vonseiten der Staatsregierung keine Planungen, die Vorschriften über die Schülerbeförderung auszuweiten.

Das war im Jahr 2012. Das sieht die SPD-Fraktion heute wie damals anders. Die Umsetzung der Bildungsgerechtigkeit in diesem Land, die grundsätzliche Freistellung für alles, was mit Bildung zu tun hat,

ist für die SPD ein zentrales Anliegen und seit jeher ein wichtiges Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb nehmen wir heute wieder einen Anlauf, die Eltern deutlich zu entlasten, indem der Schulbus für alle kostenfrei ist. In der eben zitierten Antwort auf die Schriftliche Anfrage hat die Staatsregierung ebenfalls festgestellt, dass eine grundsätzliche Ausweitung der Kostenfreistellung bei der Schülerbeförderung nur über eine gesetzliche Regelung möglich sei. Heute folgen wir diesem Rat und legen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes vor.

Wir wollen konkret zwei Punkte neu regeln. Zum einen bekommen Eltern grundsätzlich die Fahrtkosten zur nächstgelegenen Realschule oder zum nächstgelegenen Gymnasium erstattet, auch wenn sie eine Schule wählen, die weiter entfernt ist. Zum anderen übernimmt der Staat den Elternanteil der Fahrtkosten auch für Kinder ab der 11. Klasse. Hierfür müssen wir Artikel 3 Absatz 2 des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes neu fassen und einen neuen Absatz 3 einfügen.

Ich will kurz erläutern, was zu tun ist. Künftig soll Absatz 2 wie folgt gefasst werden:

Die Kosten der notwendigen Beförderung sind in der Regel für den Besuch der nächstgelegenen Schule zu erstatten. Im Fall des Besuchs einer weiter entfernt gelegenen Schule erstattet der Aufgabenträger gegen Nachweis zumindest die Kosten bis zur Höhe der Kosten nach Satz 1. Weitere Ausnahmen hierzu sind in einer Rechtsverordnung zu regeln.

Damit liegt es nicht mehr im Ermessen der Landratsämter, ob sie einen Kostenbeitrag leisten oder nicht. Nach dem Gesetzentwurf der SPD müssen sie wenigstens die Kosten bis zur nächsten Schule bezahlen. Damit entlasten wir viele Eltern und schaffen mehr Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, dass einige Kinder Bus und Bahn kostenlos nutzen dürfen, während die Eltern anderer Kinder alles bezahlen müssen.

Dieser Sachverhalt ist nicht neu. Deshalb ist es interessant, einmal in das Plenarprotokoll vom 16. Dezember 2009 hineinzuschauen. In der damaligen Sitzung hat Herr Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion in der Aussprache durchaus Verständnis für eine Neuregelung geäußert. Ich zitiere:

Die Schulwegkostenerstattung ist ein Thema, mit dem wir uns daheim in den Stimmkreisen immer wieder beschäftigen. Als Bürgermeister habe ich immer wieder erlebt, dass Kinder, aus welchen Gründen auch immer, nicht die Schule vor Ort, sondern eine andere Schule besuchen wollten. Natürlich sollten wir uns immer wieder Gedanken darüber machen, wie ein bestehendes System verbessert werden kann. Die Einführung eines geldmäßigen Erstattungsanspruchs wäre allerdings ein Systemwechsel, der mit massiven Folgewirkungen verbunden wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, davor schrecken Sie zurück. Sie wissen, dass es eine Gerechtigkeitslücke gibt, haben aber nicht den Mut, das zu ändern. Das können Sie endlich tun, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

In der Tat weist der ehemalige Staatssekretär des Kultusministeriums, Herr Dr. Marcel Huber, der heute Chef der Staatskanzlei ist – gerade ist er nicht da –, in der Plenarsitzung am 16. Dezember 2009 darauf hin, dass wir eine rechtssystematische Schwierigkeit hätten, weil den Kindern im Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulweges und in der Verordnung über die Schülerbeförderung kein Kostenersatz zustehe, sondern darin die Sicherstellung der notwendigen Schülerbeförderung als Sachleistung festgelegt sei. Für die Nicht-Kundigen muss man erwähnen: Die Kommunen sind die Aufgabenträger, und der Staat gibt ihnen für diese Aufgabe einen Zuschuss. Selbstverständlich fließt kein Geld an die Eltern. Der Staatssekretär sagte damals: "Der gesunde Menschenverstand gibt der Argumentation sehr leicht recht, den Schulweg wenigstens bis zur nächsten Schule zu bezahlen". Das sehen auch viele Petenten so. Jedes Jahr werden viele Petitionen zu diesem Thema an den Landtag eingereicht.

In der Antwort auf die Schriftliche Anfrage aus dem Jahr 2012 schreibt Marcel Huber, er wolle lieber das Geld in Ganztagschulen, in die Verkleinerung der Klassengrößen und in andere Maßnahmen stecken. Was ist daraus geworden? – Er hat sich viel Geld gespart, weil er das Gesetz nicht geändert hat. Sind wir bei den Ganztagschulen wirklich vorangekommen? Haben wir den gebundenen Ganztag in der Grundschule, der Realschule und am Gymnasium wirklich wesentlich ausgebaut? – Ich denke nicht. Haben wir die großen Klassen abgebaut? Wie viele Klassen gibt es an den Realschulen und Gymnasien noch mit 30 und mehr Kindern? Was ist mit Ihrem Wahlversprechen, in den Grundschulen die Schülerhöchstzahl pro Klasse auf 25 zu senken? Das alles ist nicht passiert.

Sie haben das aber als Argument benützt, um den Eltern dieses Geld vorzuenthalten. Das ist ein schwaches Argument und trifft nicht zu.

Der Staatssekretär hat tatsächlich recht, dass wir die rechtssystematische Schwierigkeit mit einem Gesetzentwurf beheben müssen. Das werden wir jetzt auch tun. Damit werden wir den Landratsämtern auch viel Arbeit ersparen. Der Verwaltungsaufwand, den Eltern immer wieder klarzumachen, warum nicht bezahlt wird, ist enorm. Dieser Verwaltungsaufwand muss wirklich nicht sein.

Nummer 2 im Gesetzentwurf ist Folgende: Der Staat übernimmt bei den Fahrtkosten zur Schule den Elternanteil auch für Schüler ab der 11. Klasse. Dazu wollen wir in Artikel 3 des Schulwegkostenfreiheitsgesetzes den ehemaligen Absatz 2 ändern. Konkret geht es darum – auch das ist nicht ganz einfach zu verstehen –, dass der Freistaat Bayern den Betrag bis zur Familienbelastungsgrenze von derzeit 420 Euro übernimmt. Bisher bezahlen die Eltern die Fahrtkosten zur Schule zunächst aus eigener Tasche. Sie müssen die Fahrkarte selber kaufen und darauf achten, dass immer die günstigste Variante gewählt wird. Um die Ferienzeiten muss immer eine Wochenkarte gekauft werden. Die Originale müssen bis zum Schuljahresende aufbewahrt werden. Die Eltern dürfen dann den Erstattungstermin am 31.10. nicht verpassen. Es handelt sich hier um eine gesetzliche Ausschlussfrist. Die Landratsämter beklagen den immensen Aufwand, der hier zu leisten ist. Sie beklagen weiterhin, dass das früher auch nicht so gewesen sei. Eine Erstattung gibt es also nur für den Anteil, der über 420 Euro pro Schuljahr liegt. Nach der momentan geltenden Gesetzeslage müssen die Eltern die 420 Euro auf jeden Fall bezahlen. Völlige Kostenfreiheit besteht also nur für die Eltern, die drei oder mehr Kinder haben oder Empfänger von Sozialleistungen sind. Das steht auch im Gesetz.

Wir wollen in unserem Gesetzentwurf erreichen, dass der Weg zur Schule für diese Schülergruppe grundsätzlich kostenfrei ist. Alle Schüler sollen einen Anspruch auf eine Fahrkarte haben, und die Eltern sollen von der Zahlung dieser Karte freigestellt werden. Damit wird ganz nebenbei auch eine Entlastung für unsere Kommunen geschaffen. Mit dem Gesetzentwurf soll also eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden. Auch für die Jugendlichen ab der 11. Klasse soll der Schulweg kostenfrei sein. Damit werden die Eltern tatsächlich finanziell entlastet, sodass sie das Geld für ihren Konsum verwenden können.

Wenn ich einen Blick auf den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER werfe, dann kann ich feststellen, dass nur einer der beiden Bereiche geändert werden

soll. Diesen haben Sie offensichtlich kurzfristig bei uns abgeschrieben. Ihr Absatz 2 klingt genauso wie unserer. Sie wollen eigentlich nur die Kostenerstattung bis zur nächsten Schule festgeschrieben haben. Dieser Forderung werden wir natürlich nach der Zweiten Lesung zustimmen, diese Forderung ist auch Gegenstand unseres Gesetzentwurfes.

Ich freue mich auf die Beratung im Bildungsausschuss und hoffe, dass wir endlich diese Kuh vom Eis bekommen. Lassen Sie uns endlich eine finanzielle Entlastung für die Eltern schaffen! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Prof. Dr. Piazolo. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Begründung und die Aussprache ebenfalls verbindet und zehn Minuten Redezeit zur Verfügung steht.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir in der Fraktion sehr intensiv über das Thema Schulweg gesprochen haben, ist mir der Geist ein wenig auf Reisen gegangen. Das passiert mir manchmal in Fraktionssitzungen. Dabei ist mir ein Film ins Gedächtnis gekommen: "Baby Boom – Eine schöne Beschercung". Der Film mit Diane Keaton ist für einen Sonntagabend bzw. für einen Sonntagnachmittag gut geeignet. Es geht um Folgendes: Eine erfolgreiche Managerin, die sehr auf den Beruf fokussiert ist, erbt von ihrer verstorbenen Schwester ein zweijähriges Kind. Plötzlich wird sie in all die Probleme hineingeworfen, die in der Schule und in der Erziehung auf einen zukommen. Im Film gibt es eine Szene, in der sie mit dem Kind auf einem Spielplatz ist und sich zum ersten Mal bei den anderen Müttern nach dem Kindergarten erkundigt. Die anderen Mütter, die total fokussiert auf die Erziehung und Bildung der Kinder sind, reagieren total entsetzt. Sie fragen die Mutter: Du weißt noch nicht, in welchen Kindergarten das Kind gehen soll? Wenn du den falschen Kindergarten auswählst, dann folgen die falsche Grundschule, das falsche Gymnasium, das falsche Studium und ein verfehltes Leben.

Ich glaube nicht, dass es bei uns so schlimm wie in Amerika ist. Aber die Wahl der richtigen Schule ist von ganz entscheidender Bedeutung, auch in Bayern. Deshalb ist das aktuelle Thema "Die Schulwahl und die Erstattung von Schulwegkosten" für viele Eltern so entscheidend. Wir merken das im Bildungsausschuss an den vielen Petitionen. Der Kollege Güll hat

es bereits angesprochen. Seit wir im Landtag sind, verfolgt uns dieses Thema ständig, im wahrsten Sinne des Wortes. Wir setzen uns ständig mit diesem Thema auseinander. Die Eltern sind sehr besorgt, weil sie ihr Kind aus finanziellen Gründen nicht auf die Schule schicken können, auf die sie wollen. Genau darum geht es. Die Schulwahl, die dem eigenen Wunsch entspricht, ist für das spätere Leben von entscheidender Bedeutung.

Grundsätzlich gibt es das Recht auf freie Schulwahl. Dafür genügt ein Blick in die Bayerische Verfassung. Das ist in Artikel 128 geregelt: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechenden Ausbildung zu erhalten." Das ist der Verfassungsgrundsatz. Dieser ist auch umgesetzt. Aber er ist durch die Regelung über die tatsächlich erstatteten Kosten eingeschränkt. Das sind grundsätzlich die Kosten zur nächstgelegenen Schule, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Gibt es die Freiheit der Schulwahl? – Ja! Aber die Erstattung der Kosten erfolgt nur bis zur nächstgelegenen Schule. Auf die Einzelheiten werden wir sicherlich noch im Ausschuss eingehen. Die Freiheit ist zwar vorhanden, wird aber auch eingeschränkt.

Hier kommt das Thema der Bildungsgerechtigkeit entscheidend zum Tragen. Das ist eben schon angesprochen worden. Ist es wirklich in unserem Sinn, dass diejenigen, die es sich leisten können, ihr Kind auf eine andere, weiter entfernte, vielleicht passendere und bessere Schule schicken können, und diejenigen, die es sich nicht leisten können, ihr Kind auf der nächstgelegenen Schule belassen müssen? – Wir sehen das Konfliktpotenzial. Viele Eltern sind bereit, zur Klärung dieser Frage vor Gericht zu gehen.

Beiden Gesetzentwürfen ist gemeinsam, dass nicht alle Kosten erstattet werden sollen. So weit wollen wir nicht gehen. Aber zumindest die fiktiven Kosten sollen erstattet werden. Die Eltern, die ihr Kind auf eine weiter entfernte Schule schicken, sollen zumindest die Kosten erstattet bekommen, die sie erstattet bekämen, wenn ihr Kind auf die nächstgelegene Schule gegangen wäre. Dies zu tun ist gerecht und billig. Ich sehe keinen Grund dafür, dass die CSU oder auch die Staatsregierung diesen Gesetzentwürfen nicht folgen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aus meiner Sicht entspricht die Forderung dem Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In Großstädten mit einem einheitlichen Angebot des ÖPNV ist es nicht so schwierig. Wer in München den Innenraum gebucht hat und die Kosten dafür erstattet bekommt,

kann sich bereits unter einer Vielzahl von Schulen entscheiden. In Nürnberg und in anderen Großstädten ist es ähnlich. Im ländlichen Raum ist es anders. Im ländlichen Raum müssen die Kosten selber getragen werden. Schon allein das Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse macht es notwendig, zumindest die fiktiven Kosten zu erstatten. Diese Kosten sind auch überschaubar. Aktuell geht man davon aus, dass ungefähr 5 % der Schüler eine andere weiterführende Schule wählen würden als die, die am nächsten liegt. Das ist dann ein Kostenaufwand von 10 bis 15 Millionen Euro; nicht abgezogen sind hiervon die Kosten für den einen oder anderen Verwaltungsaufwand, den man sich erspart. 10 bis 15 Millionen Euro sollte uns das wert sein. Viele Eltern und auch viele Schüler wären dankbar, wenn wir uns bzw. wenn Sie sich den vorliegenden Gesetzentwürfen anschließen würden.

Warum ist unser Gesetzentwurf anders als der der SPD? – Herr Kollege Güll hat schon gesagt, sie unterscheiden sich. Der zweite Punkt im SPD-Gesetzentwurf betrifft die Förderung ab der Jahrgangsstufe 11; hier sollen die Schulwegkosten bis zu einer Familienbelastungsgrenze von 420 Euro erstattet werden, wie Herr Güll erklärt hat. Der Grund dafür, dass wir das kritisch sehen, ist die Forderung nach Gerechtigkeit der Schulausbildung insbesondere auch im Verhältnis zur beruflichen Ausbildung. Diese wäre nämlich in diesem Fall benachteiligt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben schon jetzt durchaus Schwierigkeiten, die Schüler von den Chancen zu überzeugen, die die berufliche, die duale Ausbildung bietet.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Deshalb sollen die eine Lehre machen, deren Eltern das nicht wollen?)

– Nein, überhaupt nicht, Herr Gehring. So ist es überhaupt nicht gemeint, sondern wir wollen Gerechtigkeit. Wir wollen nicht, dass diejenigen, die auf eine weiterführende Schule gehen, ab der 11. Klasse die entsprechenden Zuschüsse bekommen und die anderen, die eine Berufsausbildung machen, nicht. Wir sind, wie gesagt, in der Diskussion offen; vielleicht gibt es andere Lösungen, die man hier finden kann, andere Unterstützungen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Darüber sollte man noch einmal nachdenken; denn es geht hier um die zehnfache Summe, Kollege Halbleib. Es geht nicht, wie beim ersten Punkt, um 10 oder 15 Millionen Euro, sondern um eine Größenordnung

von circa 125 Millionen Euro. Da muss man sich dann schon überlegen, in welche Schulart, in welchen Bereich man diese große Summe steckt. Das heißt nicht, dass wir nicht auch das bestimmte positive Empfinden auch in die Richtung haben, das zu unterstützen. Aber man muss sich überlegen, was man mit dem Geld dann macht. Da sagen wir: Wenn wir einem solchen Gedanken näher treten, dann muss es für die berufliche Ausbildung entsprechende Initiativen in mindestens der gleichen Größenordnung geben. Darüber können wir im Bildungsausschuss gerne noch diskutieren. Darauf freue ich mich auch. Wir sind schließlich in der Ersten Lesung, noch nicht in der Zweiten. Danach werden wir entscheiden, wie wir uns zu Ihrem Gesetzentwurf stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute die Schulwegkostenfreiheit; hierzu liegen uns die Gesetzentwürfe der FREIEN WÄHLER und der SPD vor. Ich möchte Folgendes an den Anfang der Debatte stellen: Wir haben im Freistaat Bayern die freie Schulwahl. Sie ist verankert und kann ausgeübt werden. Wir haben weiterhin die Garantie, dass jedes Kind die Schulart besuchen kann, die es nach seiner Fähigkeit, nach seiner Neigung, nach seinem Interesse besuchen möchte, ohne dass in diesem Zusammenhang Kosten entstehen – mit einer Ausnahme: Ab der 11. Klasse Gymnasium entstehen tatsächlich Kosten. Der Kollege Piazzolo ist bereits darauf eingegangen, wo hier die Probleme liegen. Ich möchte mit diesem Punkt anfangen; mit den anderen Punkten, zu denen sowohl FREIE WÄHLER als auch SPD Gesetzentwürfe vorgelegt haben, sollten wir uns dann etwas intensiver beschäftigen. Ich bin mir nämlich nicht ganz sicher, ob man sich darüber im Klaren ist, was man mit den Gesetzentwürfen draußen anrichtet.

Die Frage, inwieweit Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen die Kosten für ihren Schulweg selbst übernehmen sollen, ist keine Frage der sozialen Herkunft. Wir haben doch gerade vom Kollegen Halbleib gehört: Die, die es sich leisten können, können letzten Endes in die 11. und 12. Klasse gehen, die anderen aber nicht. – Herr Kollege Halbleib, ich mache auf Folgendes aufmerksam: Diejenigen, deren Eltern möglicherweise letzten Endes Sozialhilfe beziehen, bekommen die Kosten komplett erstattet; sie müssen nicht einmal die 420 Euro bezahlen. Sie bekommen die Kosten komplett. Dann kommen wir zu den kinderreichen Familien, zu denen, die Kindergeld für drei oder mehr Kinder bekommen: Sie bekommen ebenfalls die

kompletten Kosten erstattet. Lediglich diejenigen, die nicht in diese beiden Gruppen fallen, müssen im Jahr maximal 420 Euro zahlen. Vor dem Hintergrund, dass der August weggerechnet wird und dass man ansonsten von Monatskarten für elf Monate ausgeht, bedeutet das, dass jede Familie pro Tag 1,25 Euro ausgeben muss, damit ihr Kind zur Schule und wieder nach Hause kommt. Das betrifft die Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Klasse. In diesem Zusammenhang wissen wir auch: Die Gymnasien sind an den zentralen Orten angesiedelt; die Monatskarten können also nicht nur für den Schulweg, sondern auch am Abend und am Wochenende verwendet werden. Deswegen – das sage ich ganz ehrlich – sollte man die Kirche im Dorf lassen.

Ich greife aber ausdrücklich auch den Ansatz auf, den wir bereits gehört haben, also die Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die eine duale Ausbildung machen. Auch sie müssen ihre Beförderungskosten selbst tragen.

Lassen Sie mich, Herr Kollege Güll, sagen: Die Nummer 2 hätte es in dieser ganzen Breite überhaupt nicht gebraucht. Es hätte vollkommen ausgereicht, wenn Sie geschrieben hätten: In Artikel 1 Absatz 1 wird "bis einschließlich Jahrgangsstufe 10" gestrichen. – Dann bräuchten wir eigentlich die ganze Nummer 2 Ihres Gesetzesvorschlags nicht. Aber das nur am Rande. Was Sie da aufgeschrieben haben, ist so überflüssig wie ein Kropf. Aber darüber können wir vielleicht im Ausschuss noch etwas intensiver diskutieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie zustimmen, finden wir eine elegante Formulierung!)

– Nein, es ist schlicht und ergreifend nicht notwendig. Wenn Sie das Gesetz insgesamt durchlesen, sehen Sie in Artikel 1 Absatz 1, wie man es leichter lösen könnte: indem man einfach ein paar Worte streicht. Ich habe Ihnen schon erklärt, warum wir dem so nicht näher treten werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir machen es so, wie Sie vorschlagen!)

Ein anderer Punkt, der mir wichtig ist: Sowohl die FREIEN WÄHLER als auch die SPD geben mit diesen Gesetzentwürfen den Eltern einen Erstattungsanspruch an die Hand. Das heißt: Nicht nur diejenigen, die ihre Kinder nicht auf die nächstgelegene Schule schicken, sondern jeder bekommt einen Erstattungsanspruch in Höhe der fiktiven Kosten, die notwendig sind, um die Beförderung durch den ÖPNV sicherzustellen. Das heißt: Jeder Elternteil, egal, ob er seine Kinder mit dem Omnibus fahren lässt oder nicht, bekommt einen Erstattungsanspruch und das entspre-

chende Geld in die Hand gedrückt. Genau das steht drin: Die Schülerinnen und Schüler sind ab sofort nicht mehr verpflichtet, mit dem ÖPNV zur nächstgelegenen oder zu einer anderen Schule zu fahren, sondern der zuständige Elternteil bekommt einen Erstattungsanspruch dafür, dass diese Beförderung erfolgt. Das Ergebnis dieses Gesetzentwurfes ist, dass die Einzelbeförderungen letzten Endes mehr werden, weil die Schülerinnen und Schüler nicht mehr auf den ÖPNV angewiesen sind. Mit Ihren Gesetzentwürfen schlagen Sie dem ÖPNV im ländlichen Raum nicht nur ein Bein, sondern beide Beine weg. Oder um es anders auszudrücken: Die Gesetzentwürfe, die Sie zu diesem Punkt vorlegen, führen zu einem Motorschaden für den ÖPNV im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Damit unterbinden Sie jegliche Möglichkeit für die Aufgabenträger, die den ÖPNV zu organisieren haben, in irgendeiner Form zu planen, wie die Schülerinnen und Schüler zu ihren Schulen kommen. Die Eltern sind nämlich nicht mehr verpflichtet, den ÖPNV zu nutzen, weil sie das Geld in Anspruch nehmen und dann überlegen können, ob sie vielleicht zusammen mit anderen Eltern eine Fahrgemeinschaft bilden und so den Schulweg individueller gestalten. Genau das ist der Punkt. Wenn Sie das nicht glauben, Kollege Gehring – Sie schütteln den Kopf –, schauen Sie in den Text. Da heißt es: "Die Kosten der notwendigen Beförderung sind ... zu erstatten."

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Diese Kosten sind zu erstatten. Das bedeutet, die Eltern sind nicht verpflichtet, den ÖPNV in Anspruch zu nehmen. Der Aufgabenträger gewährleistet die Beförderung von einem Ort zum anderen, indem er den ÖPNV als Sachleistung bereithält. Sie konstruieren jedoch einen Erstattungsanspruch gegen jeden einzelnen Aufgabenträger. Damit würden Sie uns die Möglichkeit nehmen, die Infrastrukturleistung ÖPNV anständig zu organisieren und zu planen.

Ich freue mich auf die Auseinandersetzung im Ausschuss; denn ich habe den Eindruck, dass Sie tatsächlich noch nicht begriffen haben, was dieser Erstattungsanspruch tatsächlich bedeutet. Herr Kollege Prof. Dr. Piazzolo, Sie sagen, die Kosten der notwendigen Beförderung sind zu erstatten. Diese Kosten wären dann den Eltern zu erstatten; das geht aus dem Kontext hervor. Im Fall des Besuchs einer weiter entfernten Schule erstattet der Aufgabenträger gegen Nachweis zumindest die Kosten bis zur Höhe der Kosten der notwendigen Beförderung. Diese Erstattung richtet sich an die Eltern, an niemanden sonst.

Damit haben Sie im Grunde die Axt an den ÖPNV gelegt. Dieses Problem haben Sie konstruiert. Offensichtlich haben Sie es noch nicht verstanden, was Sie mit diesen Gesetzesvorschlägen anrichten würden. Wir werden deswegen mit Ihnen interessiert im Ausschuss diskutieren. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, dass wir diesen beiden Gesetzentwürfen näher treten werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Recht auf Bildung heißt, der Schulbesuch in Bayern ist kostenfrei. Dieses wichtige Gut ist in der Verfassung verbrieft. Recht auf Bildung und auf soziale Gerechtigkeit heißt aber auch, dass der Weg zur Schule frei ist und dass die jungen Menschen zur Schule kommen können. In einem Flächenstaat wie Bayern, wo es nicht nur flaches Land, sondern auch gebirgiges Land gibt, ist dies kein banales Thema.

Ich weiß nicht, wann Sie heute Morgen aufgestanden sind. Ich bin heute um 6.30 Uhr bei mir zu Hause im Gunzesrieder Tal aufgestanden. Um diese Zeit ist es dort noch dunkel, aber die Schulkinder sind schon unterwegs. Manche von ihnen müssen zwei bis vier Kilometer Weg bis zur nächsten Bushaltestelle zurücklegen. Ab 6.45 Uhr fährt dann der Bus 200 Höhenmeter hinunter ins Tal, bei uns heißt das "aufs Land", wo sich die Schulstandorte befinden. Um 7.50 Uhr oder 8.00 Uhr beginnt dann der Unterricht. Am Nachmittag kommen die Kinder zurück.

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der CSU in der ersten Reihe zuhören würden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage, wie die Kinder zu ihren Schulen kommen und wie dies finanziert werden soll, ist also nicht banal. Ich muss sagen: Im bayerischen Schulwegkostenfreiheitsgesetz gibt es erhebliche Lücken. Hier geht es auch um die Frage, ob die Kinder die geeignete Schule ihrer Wahl besuchen können, wie dies in Artikel 132 der Bayerischen Verfassung beschrieben ist, oder ob diese Möglichkeit eingeschränkt wird. Deswegen begrüßen wir die Gesetzentwürfe der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Fraktion der SPD. Wir haben zu diesem Thema zeitgerecht einen eigenen Antrag eingebracht, der in den Ausschüssen und bei der Zweiten Lesung im Plenum mit beraten wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Streichung der Schulwegkostenfreiheit ab der 10. Klasse ist kein

banales Thema. Diese Streichung ist ein typisches Relikt aus der Stoiber-Zeit. Wir sind der Auffassung, dass auch der Weg zum Abitur und zum Fachabitur nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Forderungen unseres Antrags decken sich zum Teil mit den Forderungen der Gesetzentwürfe. Wir müssen erreichen, dass für die Schülerinnen und Schüler, die eine andere als die nächstgelegene Schule besuchen, die sogenannten fiktiven Kosten übernommen werden. Diese Kosten müssen den Eltern erstattet werden. Herr Kollege Hofmann, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Durch eine Ausführungsbestimmung ließe sich regeln, dass dafür eine Fahrkarte vorgelegt werden muss und dann die Kosten erstattet werden. Es geht nicht darum, den Eltern Geld auf die Hand zu geben, damit sie ihre Kinder selbst zur Schule fahren. Im Übrigen, wer die Situation auf dem Land kennt, weiß, dass es für die Eltern nicht einfach ist, ihre Kinder selbst oder mit Fahrgemeinschaften in die Schule zu fahren. Die Eltern sind froh, wenn es einen Bus gibt und ihre Kinder mit diesem Bus fahren können. Das müssen wir ihnen aber auch ermöglichen und finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Schulwegkostenfreiheit in der Oberstufe nach der 10. Klasse. Hier geht es um die Attraktivität des ÖPNV. Die jungen Leute fahren häufig per Roller oder Anhalter zur Schule, weil sie die Kosten für die Monatskarte scheuen. Deshalb ist es wichtig, dass der ÖPNV gestärkt wird und die Schülerinnen und Schüler die Kosten dafür erstattet bekommen.

Wir sollten einmal im Ausschuss mit unseren Verkehrspolitikern über Themen wie zum Beispiel das Azubi-Ticket diskutieren. Bei meinen Nachbarn in Voralberg gibt es bereits entsprechende Angebote. Vielleicht müssen wir hier neue Wege gehen und weiter denken. In uns haben Sie Kollegen, die darüber gern mitdiskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusätzlich zu den Forderungen des Gesetzentwurfs der SPD und des Gesetzentwurfs der FREIEN WÄHLER sehen wir vor, dass auch die Kosten für Schulen besonderer Art, zum Beispiel die Gesamtschule in Hollfeld oder Gemeinschaftsschulen, übernommen werden. Bisher gibt es dazu lediglich eine Soll-Bestimmung. Diese Soll-Bestimmung muss zu einer Muss-Bestimmung werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht auch um die Kosten für neue Einrichtungen, bei denen viele Irritationen entstanden sind. Ich nenne die InGym-Klassen und die SPRINT-Klassen, die für Flüchtlinge an den Gymnasien eingerichtet worden sind. Diese Klassen befinden sich natürlich nicht an dem Standort, der dem Wohnort am nächsten liegt, sondern an weiter entfernten Standorten. Für solche Fälle muss klar geregelt sein, dass die Kosten übernommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Thema Schulwegkostenfreiheit geht es darum, Regelungen aus der Stoiber-Ära rückabzuwickeln, wie dies schon bei anderen Themen geschehen ist, zum Beispiel bei der Arbeitszeitverlängerung für Beamte und beim G 8. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Danke schön. Dann ist das so beschlossen.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt um etwas Ruhe. Die Schülerinnen und Schüler, die oben auf der Tribüne sitzen, müssen auch ruhig sein, wenn sie in der Schule sind.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Neuwahl von zwei berufsrichterlichen Mitgliedern

Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass mit Ablauf des 31. Januar der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht München, Herr Michael Lorbacher, in den Ruhestand getreten ist. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs schlägt als Nachfolgerin Frau Kornelia Kornprobst, Richterin am Oberlandesgericht München, zur Wahl vor.

Am 3. März endet die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds Dr. Herbert Veh. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs schlägt als Nachfolger Herrn Roland Glass, Präsident des Landgerichts Nürnberg-Fürth, zur Wahl vor.

Die Vorgeschlagenen sind bereit, im Fall der Wahl das Amt anzunehmen, und haben die entsprechende Erklärung gemäß Artikel 6 des Verfassungsgerichtshofgesetzes abgegeben.

Die Richter-Wahl-Kommission hat am 8. Februar 2017 dem Vorschlag des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, die Wahlvorschläge anzunehmen.

Wir kommen damit zur Wahl. An Ihrem Platz finden Sie einen gelben und einen blauen Stimmzettel vor. Für den Wahlgang ist außerdem die in Ihrer Stimmkartentasche enthaltene gelbe Namenskarte zu verwenden. Die Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals im Bereich der Eingangstüren sowie auf dem Stenografentisch. Ich bitte Sie, sowohl die Namenskarte als auch die Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Mitarbeitern des Landtagsamtes auszuhandigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlvorgangs sichergestellt werden.

Wir beginnen nun mit dem Wahlgang. Für die Wahlen stehen fünf Minuten zur Verfügung.

Noch eine Minute!

(Geheime Wahl von 15.38 bis 15.43 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Der Wahlgang ist beendet. Wir geben das Wahlergebnis später bekannt. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Bestellung eines Mitglieds in den Beirat für Informations- und Kommunikationstechnik

Die SPD-Fraktion hat darum gebeten, anstelle von Herrn Volkmar Halbleib Frau Annette Karl als neues Mitglied in den Beirat für Informations- und Kommunikationstechnik zu bestellen. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt.

(Unruhe)

– Bitte nehmen Sie doch wieder Platz. – Wir kommen sofort zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag zur Bestellung von Frau Kollegin Karl in den Beirat für Informations- und Kommunikationstechnik seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Abstimmung
über eine Europaangelegenheit und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein,
Harald Güller, Günther Knoblauch u. a. (SPD)
Meldepflicht für Nebentätigkeiten von Beamten
(Drs. 17/14419)**

Ich eröffne die Aussprache und teile mit, dass die Gesamtrededezeit der Fraktionen 24 Minuten beträgt. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Dr. Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im vergangenen Jahr hat die Zeitschrift "WirtschaftsWoche" eine Ausgabe mit einem großen Artikel aufgemacht, der die Überschrift trug: "Diener vieler Herren". Das Dienstrecht, heißt es darin, erlaubt Staatsdienern lukrative Nebenjobs. Dann werden besonders Schäubles Finanzbeamte vorgeführt, die zum Teil hohe fünfstelligen Beträge mit Vorträgen bei Rechtsanwaltskanzleien, Wirtschaftsverbänden und Ähnlichem verdienen. Die Zeitung fragt dann nach vielen Beispielen: Geht das auf Kosten der Unabhängigkeit unserer Beamten? – Ferner steht in diesem Artikel: Besonders verschlossen zeigt sich das Bayerische Finanzministerium. – Dort haben sie nämlich keine Auskunft erhalten.

Das hat uns dazu gebracht, dass wir erst einmal eine Anfrage gestellt haben, wie es denn in Bayern aussieht. Interessanterweise wurde auch uns Abgeordneten gesagt: Darüber haben wir keine hinreichenden Erkenntnisse, keine Aufzeichnungen usw. – Unser Antrag ist gestellt worden, damit diese Anzeigepflicht der Beamten etwas genauer angeschaut wird.

Wir wissen: Viele der Nebentätigkeiten, viele der Vorträge, viele der Gutachten und Ähnliches mehr sind vernünftig und notwendig für den Wirtschaftskreislauf, zum Teil, weil sie steuernd und regelnd bestimmte Entscheidungen in den privatwirtschaftlichen Bereichen beeinflussen. Wir wissen aber auch – und darum machen wir uns Gedanken –, dass Beamte eine arbeitsrechtliche Sonderstellung haben. Es gibt ein eigenes Beamtenrecht mit besonderen Rechten – dazu gehören die Unkündbarkeit und die Alimentation – und mit besonderen Pflichten: Loyalität gegenüber dem Staat und den Bürgern. Diese Pflicht zur Loyalität bedeutet, dass sie über die berufliche Tätigkeit hinausgeht und auch bei privaten Auftritten und Handlungen eine Rolle spielt.

Nebenbeschäftigungen gehören im Prinzip zum privaten Bereich der Beamten. Ich meine nicht die genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten; die sind ordentlich geregelt. Es geht um die genehmigungsfreien Nebentätigkeiten. Die sind nämlich nicht gescheit geregelt. Genehmigungsfreie Tätigkeiten dürfen nur ausgeübt werden, heißt es in der Antwort, wenn dienstliche Pflichten nicht verletzt werden. Aber wie soll der Dienstherr überhaupt erfahren, ob dienstliche Pflichten verletzt werden, wenn er nicht einmal erfährt, ob so eine Nebentätigkeit des Beamten ausgeübt wird? – Der Dienstherr kann damit keinen Einfluss nehmen, allenfalls, wenn die Angelegenheit durch Dritte in die Öffentlichkeit getragen und skandalisiert wird.

Darum reicht es nicht, wenn die Staatsregierung sagt: Wir haben keine Erkenntnisse darüber, welche Vorträge unsere Beamten in ihrem Privatleben halten, wie viel Geld sie dafür bekommen und Ähnliches mehr. – Es genügt auch nicht, wenn sie sagt: Für den Fall, dass etwas schief laufen würde, hätten wir ein rechtliches Instrumentarium, den Artikel 82 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes. – Denn dieses Instrumentarium kann man nur anwenden, wenn man weiß, dass etwas schief läuft. Beispielsweise kann eine bei einer großen, wichtigen Rechtsanwaltskanzlei gegebene Auskunft über Vorgänge im Ministerium mit entsprechenden Hintergrundinformationen dort geldwerte Möglichkeiten eröffnen. Das Instrumentarium kann nur dann angewandt werden, wenn von dem Dienstherrn geprüft werden kann, ob er überhaupt will, dass das in die Öffentlichkeit gelangt.

Die Konsequenzen sollen nicht ins Leere gehen. Damit auf Verfahren, Gesetze und Diskussionen über Regelungsnotwendigkeiten kein Einfluss genommen wird, soll gerade das berufliche Wissen nicht an geneigte Dritte weitergegeben werden, damit nicht Rechtsanwaltskanzleien, Wirtschaftsverbände und Lobbyverbände dadurch einen Vorteil erringen, den sie nicht haben sollen. Daher muss der jeweilige Be-

amte die Nebentätigkeit dem Dienstherrn mindestens anzeigen. Damit die Bürokratie nicht zu groß wird, soll das nur für Beamte von der dritten Qualifikationsebene an gelten; 75 % aller Nebentätigkeiten werden nämlich von Beamten von der dritten Qualifikationsebene an ausgeübt. Dann weiß der Dienstherr, dass der Beamte eine Nebentätigkeit ausübt, kann überlegen, zu welchen Bedingungen er das tun darf, und kann überhaupt erst tätig werden.

Dies scheint uns notwendig, weil die bayerische Beamtenschaft einen sehr guten Ruf hat und mit ihrer Arbeit ganz wesentlich zum Erfolg beiträgt. Sie gewährleistet nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen, sondern steht auch für Zuverlässigkeit, Neutralität und Gemeinwohlorientierung. Damit gar nicht erst der Verdacht aufkommt, dass Lobbyisten oder Interessenvertreter auf undurchsichtige Weise Einfluss auf Exekutivorgane nehmen können, wollen wir die erweiterte Anzeigepflicht über Nebentätigkeiten von Beamten. Ich habe schon gesagt: Keine Bürokratie in unnötiger Höhe; die Pflicht soll ab der dritten Qualifikationsebene bestehen. Es geht uns dabei – auch das sage ich – um Transparenz; denn Transparenz schafft Vertrauen. Die Offenheit, um die es geht, brauchen wir zum Schutz und zum Ansehen unserer Beamten in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Übt jemand neben seinem Beruf eine Nebentätigkeit aus, hat der Arbeitgeber damit in der Regel wenig oder gar kein Problem, solange die Leistung bei der Arbeit stimmt. Es geht jetzt um Beamte, aber nicht, weil man plötzlich über die Leistung, den Fleiß, das Engagement und vielleicht auch ihr Fachwissen erstaunt ist, sondern weil man Sorge hat vor Kumpanei, Korruption oder gar Korruption.

Auch ich habe den interessanten und sicher reißerischen Beitrag in der "WirtschaftsWoche" gelesen, die ich für ihre Recherchen und Ausführungen grundsätzlich schätze. Beim Leser kommt es natürlich gut an, wenn man suggestiv Kumpanei vorwirft bzw. dem Ganzen unterschwellig ein Geschmäckle mitgibt. Bei Ihnen von der SPD kommt es natürlich ganz gut an – das haben Sie vorhin auch ausgeführt –, wenn ausgerechnet der Freistaat Bayern als mit seinen Auskünften besonders verschlossen dargestellt wird.

(Margit Wild (SPD): Das brauchen Sie bloß nicht zu machen!)

Sie, werter Herr Kollege, und Sie, werte Frau Kollegin von der SPD, greifen diese Unterstellungen gerne auf und erwecken mit Ihrem Antrag deswegen bei mir den Eindruck

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Das ist doch keine Unterstellung!)

– das ist ein Eindruck –, dass Sie kein Vertrauen in den bayerischen Beamten haben, der eine bestimmte Nebentätigkeit ausübt, weil Sie ihm unterschwellig Amtsmisbrauch unterstellen. Sie haben auch kein Vertrauen in ein funktionsfähiges Berufsbeamtentum und einen Dienstherrn, der die Aufsicht über den Beamten ausübt, weil die aus Ihrer Sicht ohnehin nichts machen, sondern Kumpanei auch noch fördern.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie werden sagen: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser; das ist mir schon klar. Aber ich sagen Ihnen: Misstrauen vergiftet jede Geschäftsbeziehung und verdirbt ganz allgemein die Freude am Leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aufzeichnungen und Dossiers führen nun einmal zu Misstrauen, und ich werde Ihnen sagen, warum. Jeder Beamte hat einen Amtseid geleistet, dass er die Gesetze einhalten wird, und es gibt auch die Verhaltenspflicht für den Beamten, dass das Vertrauen in seine Unabhängigkeit nicht gefährdet werden darf. Beide Komponenten verpflichten ihn – das haben Sie ja auch gesagt – zu Unparteilichkeit, Unbefangenheit und Sensibilität, damit dienstliche Interessen nicht beeinträchtigt werden. Das gilt auch bei der Ausübung von Nebentätigkeiten.

Ihr tiefes Misstrauen führt nun dazu, dass Sie nicht nach den Begleitumständen von Nebentätigkeiten fragen. Stattdessen reden Sie von Transparenz. Aber ich bin bass erstaunt, was Sie alles ausblenden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jede Nebentätigkeit muss dem Arbeitgeber gemeldet werden!)

– Hören Sie lieber zu und babbeln Sie nicht rein! – Nebentätigkeiten sind grundsätzlich erlaubt, finden typischerweise außerhalb der Arbeitszeit statt und sind damit im Grundsatz eine private Angelegenheit des Beamten. Wollen Sie wirklich über private Dinge Aufzeichnungen führen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ein Schmarrn!)

Wir wollen das nicht, und deshalb sind sie auch genehmigungsfrei.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nennen Sie mir einen Arbeitgeber, der nicht über Nebentätigkeiten – –)

Außerdem sind Nebentätigkeiten deswegen genehmigungsfrei, weil sie auch von den Grundrechten und den Grundfreiheiten betroffen sind. Das wissen Sie als Jurist ganz genau. Es gibt die Freiheit der Persönlichkeit, es gibt die Freiheit der Wissenschaft, und es gibt auch die Freiheit des Berufes. Das sind alles geschützte Rechtsbereiche. Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes erlaubt Vortragstätigkeiten und schriftstellerische Tätigkeiten. Das sind vorbehaltlose Grundrechte, die nur unter strengen Prinzipien eingeschränkt werden können.

Im Übrigen bestehen – das habe ich Ihnen auch schon gesagt – wirksame Instrumente für die Dienstaufsicht im Rahmen der geltenden Rechtslage, um vor allem herausragenden Einzelfällen, die Grund zur Nachfrage bieten, nachgehen oder schon im Vorfeld eine Genehmigung abverlangen zu können. Das heißt, der kritische Bereich bei Nebentätigkeiten unterliegt der Genehmigungspflicht. Kein Vorgesetzter wird einfach tatenlos zusehen und den Beamten gewähren lassen.

Es gibt auch – das wissen Sie – soziale Strukturen in den Ämtern. Das heißt, es spricht sich herum, was ein Beamter macht. Einmal im Haus, das bekommt man nicht mehr heraus. Das wissen Sie vielleicht auch. Beamte sind grundsätzlich korrekte Menschen und dulden es nicht, wenn einer unbotmäßig aus der Reihe tanzt und sich möglicherweise auch noch bereichert; Sie haben von lukrativen Posten gesprochen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Außerdem haben das Halten von Vorträgen und das Schreiben von Aufsätzen oder Kommentaren auch eine Berechtigung. Das Fachpublikum ist in der Regel froh darüber,

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Das habe ich alles gesagt!)

wenn ein Fachmann aus Verwaltungssicht über das Verstehen komplizierter Vorschriften berichtet.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Alles gesagt!)

Er wird damit auch zum Aushängeschild der Verwaltung. – Das haben Sie nicht gesagt. Ich halte es auch für wichtig, dass sich die Verwaltung in speziellen Materien in die rechtliche Diskussion einbringt und die Dinge aus der Perspektive der Verwaltung darlegt. Für den Bürger ist damit klar, dass er, wenn er sich daran hält und der herrschenden Meinung in der Verwaltung folgt, auf der sicheren Seite ist, womit der Be-

amte einen Beitrag zur Rechtsklarheit und Rechtssicherheit leistet. Damit bringt das Ganze auch einen Mehrwert und erspart dem Staat vielleicht so manches langwierige Rechtsverfahren. Nehmen Sie das Steuerrecht als Beispiel; das haben Sie auch gesagt. Das Steuerrecht ist heute kein einfaches Handwerk, sondern sicher eine vergeistigte Wissenschaft. Da reicht es nicht mehr, wenn man Steuerpapst ist, da muss man schon Steuergott sein, um zu wissen, was richtig und was falsch ist, gerade in so komplizierten Materien wie der Abgeltungssteuer oder dem Investmentsteuerrecht.

Ich denke auch nicht, dass ein Beamter mit einem solchen Vortrag das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährdet oder Dienstgeheimnisse ausplaudert. Sie werden sagen: nicht mit dem Vortrag, sondern mit seiner Vergütung. Aber jede Vergütung oder jede Leistung hat auch ihren Wert, noch dazu, wenn sie außerhalb der Dienstzeit erbracht wird und damit zu einer privaten Angelegenheit wird. Dass der Beamte hier im Wettbewerb mit anderen Referenten steht, die mit höheren Stundensätzen abrechnen können, kann man ihm doch weder zum Vorwurf machen noch ihm verübeln, es sei denn, man verlangt, dass er seine Fachkompetenz unter Wert verkaufen muss. Aber es geht auch leider nicht, den Hinzuverdienst zu beschränken; ich habe vorher die Grundfreiheiten genannt. Denn da würde jedes Gericht und insbesondere das Verfassungsgericht einen Strich durch die Rechnung machen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er überzogen und überflüssig ist. Er fordert eine unverhältnismäßige Aufzeichnungspflicht, obwohl es um herausragende Einzelfälle geht, denen die Dienstaufsicht nachgehen kann. Wir lehnen ihn ab und freuen uns über jeden fleißigen und kompetenten Beamten, weil wir Vertrauen in ihn haben. Wir haben auch Vertrauen in ein funktionierendes Berufsbeamtentum – im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Meyer.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen diesen Antrag auch als überzogen ab. Lieber Kollege Dr. Kränzlein, bei allem Respekt: Dass Sie den Berufsbeamten ein solches Gefahrenpotenzial unterstellen, halte ich für weit daneben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Keiner unterstellt hier irgendwas! – Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wir wollen sie schützen!)

Das beruht in der Tat auf einem reißerischen Artikel, den ich mir in den vergangenen Tagen zu Gemüte geführt habe. In diesem Artikel werden im Übrigen nur Bundesbeamte als Beispiele genannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil Bayern keine Aussagen dazu macht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es in der Diskussion um die Angemessenheit von Vortragshonoraren geht, fallen mir zunächst einmal zwei Namen ein: Hillary Clinton und Peer Steinbrück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU – Lachen bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Der Kollege Steinbrück hat seine Einkünfte aber gemeldet!)

Lieber Kollege Kränzlein, das System des Nebentätigkeitsrechts ist richtig geregelt. Sie sagen: "zu wenig", und machen es genau umgekehrt. – Grundsätzlich sind Nebentätigkeiten genehmigungspflichtig. Das sind dann die, bei denen man ein bisschen aufpassen müssen kann.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber die sind sowieso gedeckelt. Das sind die Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder diejenigen, die auf Veranlassung des Dienstherrn durchgeführt werden. Dabei ist die Verdienstmöglichkeit gedeckelt, und gegebenenfalls gibt es eine Ablieferungspflicht. Das ist geregelt und wird von Ihrem Antrag offensichtlich nicht ganz umfasst, obwohl das ein bisschen missverständlich formuliert ist.

Dann gibt es die Ausnahme der nicht genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten; sie wurde schon angesprochen. Sie ist nicht zuletzt Ausfluss des Artikels 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Sie ist außerdem Ausfluss der Berufsfreiheit und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.

Der Dienstherr profitiert von dieser wissenschaftlichen Arbeit. Denken Sie an die Erarbeitung von Kommentierungen und an die Lehrtätigkeit an Hochschulen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Habe ich alles erwähnt!)

– Das alles sind eben auch diese freien Nebentätigkeiten. Wenn Sie die alle erfassen wollen, kommen Sie doch in den Wald. Was soll denn das?

Sie wollen eine sinnlose Bürokratie aufziehen. Sie überziehen die Anforderungen, weil Sie die Unabhängigkeit aller Beamten ab der dritten Qualifika-

tionsebene infrage stellen. Sie haben das hier noch einmal gemacht. Sie haben gesagt, die Unabhängigkeit der Beamten sei in Gefahr. Das haben Sie vorhin in einem Pauschalverdacht ausgesprochen.

Die Kontrolle wird nicht dadurch umfangreicher oder besser, dass im Ministerium dann eine Strichliste geführt werden muss, wie viele Beamte Nebentätigkeiten machen, sondern die Kontrolle erfolgt vor Ort durch den Dienststellenleiter. Das bekommt man mit. Das gilt auch für die genehmigungsfreien Nebentätigkeiten. Kollege Fackler hat eben von sozialer Kontrolle in den Behörden gesprochen. Sie findet statt. Wenn ein Beamter permanent bei Vortragstätigkeiten gegen die Dienstpflichten verstoßen würde, würde sich das herumsprechen. Sie brauchen nicht zu unterstellen, dass jeder, der wissenschaftliche Vorträge hält oder das Fachwissen aus den Behörden der Öffentlichkeit zugänglich macht, der Kommentare schreibt, seine Unabhängigkeit verliert. Vielmehr handelt es sich um einen Synergieeffekt. Auf diese Weise kann man das Fachwissen, das in den Ministerien und Fachbehörden vorhanden ist, gut verarbeiten. Davon hat auch der Dienstherr etwas.

Dabei ist nicht grundsätzlich zu besorgen, dass alle Beamten zum Beispiel Dienstgeheimnisse verraten.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wer redet denn davon?)

Sie schießen über das Ziel hinaus.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sie regen sich künstlich über etwas auf, das ich nicht gesagt habe!)

– Ich rege mich überhaupt nicht künstlich auf. Wenn ich mich aufregen würde, würde ich anders hier stehen.

Ich halte den Antrag für überzogen und nicht zielführend. Deshalb lehnen wir ihn hier wie auch schon im Ausschuss ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Ganserer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Bayerischem Beamtengesetz hat jeder Beamte im Freistaat das Recht, Nebentätigkeiten auszuüben.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden.

Nach Artikel 81 Absatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes bedürfen Beamtinnen und Beamte zur Übernahme von Nebentätigkeiten in der Regel einer vorherigen Genehmigung, soweit die Nebentätigkeiten nicht nach Artikel 82 Absatz 1 genehmigungsfrei sind. Unter genehmigungsfreie Tätigkeiten fällt die Verwaltung eigenen oder der eigenen Nutznießung unterliegenden Vermögens. Dagegen ist aus meiner Sicht überhaupt nichts einzuwenden. Darunter fallen aber auch schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische Tätigkeiten oder Vortragstätigkeiten. Die Ausübung von Nebentätigkeiten ist nicht uneingeschränkt zulässig. Selbst nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten können vom Dienstherrn ganz oder teilweise untersagt werden, wenn bei ihren Ausübungen dienstliche Pflichten verletzt werden – so weit zum geltenden Recht.

Nun zum Antrag der SPD: Ich kann nicht erkennen, dass es im Antrag darum geht, Nebentätigkeiten zu verbieten oder unsere Beamtinnen und Beamten unter einen pauschalen Generalverdacht zu stellen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben es verstanden!)

Aber von Artikel 82 sind auch Nebentätigkeiten erfasst, die zur Besorgnis der Befangenheit führen können. Das hat nichts mit Misstrauen zu tun. Trotz des Beamteneids leisten wir uns zum Beispiel im Vergleich dazu, die Annahme von Belohnungen und Geschenken äußerst penibel zu regeln.

Ich möchte nur auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 27. April 2011 "Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken durch Bedienstete der Steuerverwaltung" hinweisen. Nach allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht ist die stillschweigende Genehmigung der Teilnahme an Bewirtungen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

aus Anlass oder bei Gelegenheit dienstlicher Handlungen möglich. Nach der Verwaltungsvorschrift gilt das für bayerische Finanzbeamte bei dienstlichen Handlungen im Steueraufsichtsdienst und bei Betriebsprüfungen eben nicht:

Bewirtungen anlässlich solcher Handlungen wären, da die Beamtinnen und Beamten hierbei fortlaufend oder über längere Zeit hin tätig werden, geeignet, die Unbefangenheit der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen oder jedenfalls bei Dritten Zweifel in dieser Richtung zu wecken.

Da wird penibel geregelt, dass sich, einfach ausgedrückt, ein Betriebsprüfer nicht zu Kaffee oder Kuchen einladen lässt, damit nicht der Anschein erweckt wird, er könne bestechlich sein. Zu Kaffee und Kuchen darf sich der Betriebsprüfer nicht einladen lassen. Wenn aber sein Kollege in demselben Unternehmen einen Vortrag hält und dafür über Gebühr ein entsprechendes Honorar einstreicht, ist das zulässig, oder? Gibt es dann keine Probleme?

Zwar können Dienstvorgesetzte, wenn Anhaltspunkte nach Artikel 82 Absatz 2 für Verletzungen der Dienstpflichten bestehen, verlangen, dass diese Beamtinnen und Beamten über Art und Umfang der Nebentätigkeiten Auskunft erteilen und die erzielten Vergütungen schriftlich mitteilen, aber das Problem ist, dass diese Nebentätigkeiten nicht einmal anzeigepflichtig sind. Wenn wir nicht einmal eine Anzeigepflicht für solche Tätigkeiten haben, existiert faktisch ein blinder Fleck. Es gilt, diesen blinden Fleck zu beseitigen. Das ist die Absicht des Antrags der SPD. Deswegen stimmen wir zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthalten? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, gebe ich das Wahlergebnis der vorher durchgeführten Richterwahl – Tagesordnungspunkt 3 – bekannt.

Wahlvorschlag Frau Kornelia Kornprobst: An der Wahl haben 160 Abgeordnete teilgenommen. Auf Frau Kornprobst entfielen 137 Stimmen. Mit Nein stimmten 4 Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 19 Abgeordnete.

Wahlvorschlag Herr Roland Glass: An der Wahl haben wiederum 160 Abgeordnete teilgenommen. Auf Herrn Glass entfielen 136 Stimmen. Mit Nein stimmten 5 Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 19 Abgeordnete.

Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Kornelia Kornprobst und Herrn Roland Glass zu berufs-

richterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt hat.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 bis 15 auf:

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa I
Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion
(Drs. 17/12541)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa II
Soziale Rechte in allen Mitgliedstaaten klären
(Drs. 17/12542)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa III
Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa
(Drs. 17/12543)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa IV
Arbeitnehmerrechte in Verordnung festschreiben
(Drs. 17/12544)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa V
Europaweit koordinierter und existenzsichernder Mindestlohn
(Drs. 17/12545)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VI
Sozialsysteme der EU-Mitgliedsländer auf hohem Niveau verbessern
(Drs. 17/12546)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VII
Investitionen neu justieren
(Drs. 17/12547)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa VIII
Steuergerechtigkeit herstellen
(Drs. 17/12548)

und

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u. a. (SPD)
Soziales Europa IX
Jugendarbeitslosigkeit europaweit bekämpfen
(Drs. 17/12605)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Erster Redner ist Herr Kollege Rosenthal von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie sich die Anträge ansehen, die gerade aufgerufen worden sind, sehen Sie, worum es uns in diesen Tagesordnungspunkten geht und warum wir diese Tagesordnungspunkte noch einmal beraten wollen und ins Plenum eingebracht haben.

Die deutsche Wirtschaft jagt von einem Erfolg zum anderen. Noch nie hat die deutsche Wirtschaft so viele Waren exportiert wie im vergangenen Jahr. Noch nie hatten wir einen so großen Handelsbilanzüberschuss. Die Warenexporte betragen 1,2 Billionen Euro, der Handelsbilanzüberschuss 253 Milliarden Euro. Das Geschäft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wuchs mit 2,2 % überdurchschnittlich gut; mit dem Rest der Welt schrumpfte es. Gleichzeitig – und das ist sehr selten – waren sich die führenden Ökonomen noch nie so einig, dass unser Erfolg ein Nachteil für viele Länder in Europa ist.

Die europäische Währung begünstigt die Bundesrepublik Deutschland im Augenblick überdurchschnittlich. Die Währungsdisparitäten, die früher durch den börsennotierten Währungskurs ausgeglichen worden sind, entfallen. Das ist in der Tat eine gute Nachricht. Das ist aber eine schlechte Nachricht, wenn andere Länder in der Europäischen Gemeinschaft dafür die Zeche zahlen müssen.

Wir brauchen ein soziales Europa. Deshalb ist die makroökonomische Kennzahl, die ich gerade vorgestellt habe, kein Grund, in Jubelstürme auszubrechen; denn wir müssen die Effekte ansehen. Ein Effekt ist, dass der Lebensstandard in den europäischen Ländern weiter und weiter auseinanderklafft. Man könnte natürlich sagen: Na und, was geht uns das an? Die

Nationalstaaten machen halt die falsche Wirtschaftspolitik, und wir machen die richtige Wirtschaftspolitik. – So, liebe Kolleginnen und Kollegen, funktioniert kein europäischer Binnenmarkt, und so funktioniert natürlich erst recht kein europäischer Sozialraum. Das läuft hoffentlich auch nicht unter dem Motto: Germany and Bavaria first. Unser Credo bleibt hoffentlich auch für die nächsten Jahrzehnte die freiheitlich-demokratische Verfassung, die wir uns gemeinsam gegeben haben. Ich darf aus Artikel 3 a der Bayerischen Verfassung zitieren:

Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist (...).

Es geht uns also sehr wohl etwas an – alle Abgeordneten des Bayerischen Landtags –, wie die soziale Situation in Spanien ist, wie sie in Italien ist, wie sie in Griechenland ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort wächst eine sogenannte verlorene Generation heran. 50 % Jugendarbeitslosigkeit, und das nicht nur kurzzeitig, insgesamt eine hohe Arbeitslosigkeit, in vielen Bereichen nahezu keine Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden. Die soziale Ungleichheit und die antieuropäischen Auswüchse, gepaart auch mit anti-deutschen Ressentiments, in Europa sollten uns nachdenklich stimmen.

Einen einheitlichen Wirtschaftsraum wollten wir uns geben. Die einheitliche Währung haben wir in vielen Bereichen eingeführt, aber auf das einheitliche soziale Europa warten wir noch. Die Solidarität, die wir an vielen Stellen erbringen sollen, erbringen wir nicht. Haben uns die Flüchtlingsströme interessiert, als sie in Lampedusa landeten? – Wir haben gesagt: Schengen ist unterschrieben; diese Staaten sind für uns Grenzstaaten, also ist dies deren Aufgabe. Als dort ein Meer von Elend strandete, haben wir weggeschaut. Erst als das Elend bei uns angekommen ist, haben wir die anderen Staaten Europas um Hilfe gerufen. Solidarität, die nur etwas mit egoistischem Interesse, mit Eigeninteresse zu tun hat und das andere vergisst, ist keine Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch nicht nur die Aufgabe des Europäischen Parlamentes.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das steht auch schwarz auf weiß in der Bayerischen Verfassung: Die Mitwirkung der Regionen, also von uns, vom Bayerischen Landtag, als deren Vertreter oder Vertreterin, an europäischen Entscheidungen muss gesichert bleiben. Sehr häufig befasst sich ge-

rade der Europaausschuss mit Fragen der Subsidiarität, und wir reagieren sehr empfindlich, wenn Rechte des Freistaats Bayern auch nur gedanklich angekratzt werden könnten.

Als Europäer, als Demokratinnen und Demokraten, aber erst recht auch mit unserer langjährigen Geschichte als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist für uns nicht nur die Subsidiarität entscheidend, sondern auch die gelebte Solidarität. Wir wollen sie zu einem Schwerpunkt machen – zum Wohle aller Menschen und auch zum Wohle Europas und zum Wohle des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen den Mut, das zu bewahren, was wir haben: Freiheit und Demokratie in einem vereinten Europa. Dieses Fundament wollen wir verteidigen. Europa ist nicht unverwundbar, aber es ist stark, so der neu gewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede vor der Bundesversammlung. Damit steht fest, dass Europa freiheitlich-demokratisch und stark ist. Damit ist aber auch klar, dass wir keine Gräben, sondern Brücken brauchen. Erst recht brauchen die anderen Nationen und die anderen Gesellschaften keine Belehrungen von uns; denn sonst erinnern sie sich immer wieder daran, wie sehr Deutschland Europa belastet hat. Jahrzehntlang haben wir die Solidarität der Staaten Europas benötigt, als wir noch kein wiedervereinigtes Land waren. Wir haben es sehr wohl genossen, als der amerikanische Präsident Kennedy in Berlin gesagt hat: "Ich bin ein Berliner". Damals ist uns warm ums Herz geworden.

Heute brauchen die anderen Staaten unsere Unterstützung, und sie brauchen mehr als nur warme Worte. Sie brauchen schon gar keine Belehrungen. So fragen wir, die sozialdemokratische Fraktion, den Landtag, wie denn die zukünftige Europapolitik der Bayerischen Staatsregierung aussieht. Welche Schlüsse zieht die Bayerische Staatsregierung aus den Verwerfungen und den Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus und dem Rechtspopulismus in Europa? Wir stehen an vielen Stellen an einer Zeitenwende, wenn nicht sogar am Scheideweg. Die Menschen erwarten, dass wir diesen verlorenen Generationen mehr bieten als nur warme Worte; denn als die Europäische Gemeinschaft auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs errichtet wurde, hatten die Gründerväter und Gründermütter im Sinn, dass sie ein Fundament der Solidarität und der Menschlichkeit wird.

(Beifall bei der SPD)

Diese Antworten müssen wir geben, sonst versündigen wir uns an Europa.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Dr. Martin Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat steht Europa vor großen Herausforderungen. Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir uns auf das Fundament des geeinten Europas besinnen. Dabei müssen wir feststellen, dass Europa nichts weniger als die Lehre aus der Geschichte ist. Vor 70 Jahren, im Jahr 1947, lagen Deutschland und Europa noch auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs. Schon im Jahr 1957, vor genau 60 Jahren, formierte sich mit den Verträgen von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Damit waren die Staaten Europas auf dem Weg zu dem, was sie bis heute sind: eine Gemeinschaft, die auf den gemeinsamen Werten Frieden und Freiheit beruht. Ja, Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion, aber deshalb ist Europa noch lange keine Sozialunion. Wer das will, muss auch sagen, was das kostet und wer es bezahlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir dürfen einen Fehler nicht machen: Die Europäische Union darf nicht mit erhobenem Zeigefinger auf die Mitgliedstaaten zugehen und sich in ihre Arbeits- und Sozialpolitik einmischen. Das ist nicht der Sinn des geeinten Europas. Aus unserer Sicht ist es auch der völlig falsche Ansatz.

Das Motto der Europäischen Union lautet: Einheit in Vielfalt. Dieses Motto bringt zum Ausdruck, dass die eigenständigen Handlungsmöglichkeiten und die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten ein hohes Gut sind. Für uns bedeutet Europa: Ja zur Partnerschaft, aber die Probleme in den Mitgliedstaaten kann nicht die EU lösen; sie können nur die Länder vor Ort lösen. Die EU kann dabei aber unterstützen. Gleichwohl gilt: Wir dürfen die Regierungen vor Ort nicht aus der Verantwortung nehmen. Die EU hat doch nicht deshalb ein Akzeptanzproblem, weil sie sich zu wenig in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten einmischt. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa.

Die Anträge, über die wir heute diskutieren, atmen alle den einen Geist: Es geht um mehr Europa, aber nicht um ein besseres Europa. Genau dieses Vorgehen, immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union abzugeben, hat vielerorts zu Europaskepsis, ja zur Ablehnung von Europa geführt. Wir können die

Menschen nur dann wieder von Europa überzeugen, wenn die Europäische Union einen echten Mehrwert für die Menschen hat. Ja, wir brauchen ein besseres Europa, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass sich Europa auf seine originären Aufgaben konzentriert. Wir brauchen weniger Einmischung in nationale Angelegenheiten, aber dafür mehr Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, so zum Beispiel beim Grenzschutz, bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität, bei einer europäischen Lösung für die Flüchtlingskrise, bei einem einheitlichen europäischen Asylrecht oder bei einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie. Dafür ist gemeinsames Handeln in Europa erforderlich.

Gerade als Bayern und Föderalisten fordern wir auch ein starkes Europa der Regionen. Dabei geht es uns nicht um Gleichmacherei um jeden Preis, sondern um eine sinnvolle Unterstützung zur Verbesserung, wie es zum Beispiel in den verschiedenen Fonds der Europäischen Union jetzt schon geschieht.

Sie haben in einem Antrag den Mindestlohn zum Thema gemacht. Alle Mitgliedstaaten der EU haben eine Regelung über den Mindestlohn. Aus guten Gründen ist aber die konkrete Ausgestaltung des Mindestlohns in nationaler Verantwortung. Machen wir doch einen Vergleich. Der durchschnittliche Bruttolohn in Rumänien beträgt circa 2.300 Leu. Das sind gut 520 Euro. Der durchschnittliche Bruttolohn in Deutschland liegt bei circa 3.000 Euro. Der gesetzliche Mindestlohn in Rumänien liegt bei 975 Leu pro Monat. Das sind knapp 216 Euro. Bei uns beträgt der derzeitige Hartz-IV-Regelsatz circa 400 Euro, also fast das Doppelte des Mindestlohns in Rumänien.

Unabhängig von den Problemen, die sich schon jetzt aus diesen Unterschieden ergeben, frage ich Sie, wie Sie diese Unterschiede so schnell ausgleichen wollen. Wie soll das konkret aussehen, wenn aus Brüssel der Mindestlohn für jedes Land vorgegeben wird? Sie schütten das Füllhorn über die ganze EU aus, ohne zu wissen, wer es befüllt.

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie es gut meinen. Wer ist denn nicht für gute Bezahlung und mehr Investitionen überall in Europa? Auch Bayern bekennt sich zu einem sozialen Europa. Wir unterstützen das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Die Sozialpolitik ist und bleibt aber Angelegenheit der einzelnen Mitgliedstaaten.

(Bernhard Roos (SPD): Aber nicht der Rahmen der Sozialpolitik!)

Wir müssen das Subsidiaritätsprinzip deutlich ernster nehmen. Die Staatsregierung begleitet den Prozess des Aufbaus einer europäischen Säule sozialer Rech-

te kritisch, aber konstruktiv. Bayern hat sich auch im Bundesrat dazu schon geäußert und die Bedeutung der Subsidiarität und die Zuständigkeit der Länder betont. Es ist klar geregelt, dass die Arbeits- und die Sozialpolitik in die Zuständigkeit der Länder gehören, und das ist auch gut so.

Die SPD fordert die Umsetzung des in der EU-Sozialcharta verankerten Grundrechts auf eine angemessene Entlohnung. Ich habe gerade ausgeführt, wie zum Beispiel die Regelungen zum Mindestlohn in der Europäischen Union aussehen. Natürlich müssen wir die Arbeitslosigkeit in Europa bekämpfen. In der Analyse hat Kollege Rosenthal durchaus recht, wenn er von verlorenen Generationen spricht. Die Forderungen der SPD entsprechen aber bereits den aktuellen Themenschwerpunkten der europäischen Beschäftigungsstrategie. Diese lauten eben schon Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union, Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Verbesserung der Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsverwaltungen. Das europäische Sonderinvestitionsprogramm für soziale Zwecke, das die SPD fordert, ist bereits in verschiedenen Sozialfonds der Europäischen Union eingeführt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Falsch!)

Außerdem stellt die EU bereits eine Vielzahl von Fonds und Finanzmittel für soziale Zwecke bereit. Zu nennen sind beispielhaft der Europäische Sozialfonds, der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen und der Europäische Fonds für strategische Investitionen. Wichtig ist mir hierbei aber auch, nochmal zu betonen: Diese Fonds sind eine Unterstützung der Europäischen Union. Die Umsetzung erfolgt in nationaler Verantwortung. Der Nutzen eines weiteren Programmes ist für mich hier sehr fraglich.

Ja, wir brauchen strukturelle Änderungen in den Mitgliedstaaten; aber diese können nur dort umgesetzt werden. Allgemeine Zustimmung – ich glaube, das kann man hier so deutlich sagen – herrscht natürlich in Bezug auf die Forderung nach Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Steuerhinterziehung ist ein internationales Phänomen. Deswegen sind hier international abgestimmte Lösungen erforderlich. Allerdings verfolgt die SPD mit ihrem Antrag den falschen Ansatz; denn dieser Antrag bedeutet nicht weniger als die Einführung einer europäischen Finanz- und Steuerpolitik durch die Hintertür und letztlich die steuerpolitische Entmachtung der Mitgliedstaaten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie glauben ja selber nicht, was Sie sagen!)

Die EU darf gar nicht in die internationale Steuerhoheit eingreifen, wenn die Mitgliedstaaten der EU nicht das Recht eingeräumt haben, zum Beispiel bei den Steuern die Gesetzgebung zu harmonisieren. Gerade in diesem Bereich hilft die EU-Amtshilferichtlinie, die überarbeitet und ergänzt worden ist und nun in nationales Recht umgewandelt wird. Wir lehnen daher die Anträge der SPD ab; denn in der Folge gäbe es zwar mehr Europa, aber kein besseres Europa.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Rosenthal hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Rosenthal (SPD): Herr Kollege Dr. Huber, Sie haben hier sehr ausführlich Ihre Ausführungen über das "Wer in Europa" gemacht. Dabei haben Sie den Mehrwert für die Menschen herausgestellt, und Sie haben die starken Regionen herausgestellt. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass der Mehrwert für die Menschen in Europa bei den Menschen offensichtlich weder emotional noch wirtschaftlich ankommt und dass ein so starkes Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit den wirtschaftlichen Eckdaten und mit den Disparitäten, die wir in Europa erzeugen, ein größeres Maß an sozialer Verantwortung übernehmen muss und man sich nicht darauf zurückziehen kann, dass das allein nationaler Politik geschuldet ist?

Zweitens. Wenn ich daran denke, mit welcher Geschwindigkeit die großen Regelungen zur Sanierung der europaweiten Banken auf den Weg gebracht worden sind, und wenn ich daran denke, wie Sie, gerade die Bayerische Staatsregierung, bei dem Thema Steuerhinterziehung viele Bundesländer gescholten haben, als sie Kassetten angekauft haben, um die Steuerhinterziehung aufzudecken, dann frage ich mich, wie viel Verantwortung der Freistaat und explizit die Mehrheitsfraktion hier übernehmen will und wie lange wir noch weggucken wollen. Bis es vielleicht zu spät ist? Oder wollen wir gemeinsam einen Kraftakt machen, damit Europa wieder in den Herzen der Menschen ankommt?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Bitte, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Zunächst einmal, Herr Kollege Rosenthal, möchte ich davor warnen, die Bedeutung des Exports für den Freistaat Bayern und den Standort Bayern infrage zu stellen. Der Freistaat Bayern exportiert pro Jahr Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 180 Milliarden Euro. Da hängen Exis-

tenzen dran. Da hängen Familien dran. Ich glaube nicht, dass wir jetzt anfangen sollten, die große Exportleistung des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik Deutschland zu problematisieren. Wir sollten eher stolz darauf sein, dass wir innovative Produkte haben, die weltweit nachgefragt sind und hilfreich für unseren Standort sind. Das ist das Erste.

Zweitens. Ja, Europa hat ein Akzeptanzproblem. Natürlich muss man die Frage stellen, warum wir noch diese Unterschiede bei den Einkommen haben. Aber die Frage ist doch vor allem: Liegt das an der Produktivität? Liegt es an der Kaufkraft? Muss ich nicht, wie eben erwähnt, mit den Fonds der Europäischen Union ansetzen, um Investitionen anzuschieben? Ich schaffe doch keinen einzigen Arbeitsplatz und keinerlei Mehrwert dadurch, dass in Brüssel am Grünen Tisch, am Reißbrett, irgendein Mindestlohn vorgegeben wird. Wer glaubt, dass er damit insgesamt die Perspektiven für Rumänien oder Bulgarien oder sonst irgendwo in der EU verbessert, ist völlig auf dem Holzweg, Herr Kollege. Wir müssen eher schauen, dass die Europäische Union in ihrer historischen Bedeutung wieder bei den Menschen ankommt. Wir müssen klarmachen, dass Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind. Natürlich müssen wir auch schauen, dass zum Beispiel durch die Reformen in den Mitgliedstaaten ein ordentliches Bildungssystem entsteht und Perspektiven entstehen, damit eben nicht, wie Sie es in der Analyse richtig beschrieben haben, in Südeuropa verlorene Generationen mit bis zu 40 % Jugendarbeitslosigkeit entstehen. Ich teile durchaus viele Punkte in Ihrer Analyse. Aber ich teile nicht Ihre Schlussfolgerungen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rosenthal, Sie haben sehr gut gesprochen, aber Sie haben keine Analyse der neun Anträge gebracht. Es geht um die neun Anträge der SPD. Über diese diskutieren wir. Ich sage: Ja, auch wir warten auf ein soziales Europa, aber die Frage ist, ob das in die jetzige Zeit hineinpasst. Im Moment liegt Europa eigentlich am Boden. Kommissionspräsident Juncker spricht von einer Polykrise: Griechenland, Brexit, Flüchtlingskrise usw. Wir kämpfen als Demokraten der Mitte gegen den rechts-populistischen Virus, der mittlerweile auch in unserem Land regiert. Da müssen wir aufpassen, dass wir nicht die falschen Signale setzen. Ja, wir sollten über das soziale Europa sprechen. Das ist aber erst eine der

letzten Stufen zu einem europäischen Bundesstaat, eine Vorstellung, über die wir natürlich nachdenken können. Aber wenn wir ein soziales Europa wollen, dann muss es von den Bürgern getragen werden. Das ist das Problem, weil der Vertrauensverlust der Bürger in Europa derzeit sehr groß ist, sodass jetzt irgendwelche Fortschritte für diese Leute zu große Fortschritte bedeuten und sie diese vielleicht gar nicht wollen.

Schauen wir auf die Realität. Wie viele europäische Länder sind dem Kurs offener Grenzen der Großen Koalition gefolgt? Wie steht es um die solidarische Unterstützung unserer Nachbarländer, wenn es um die gerechte Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa geht? Das haben wir gerade diskutiert.

Dann muss man natürlich wissen, dass Deutschland der größte Nettozahler in Europa ist. Vielleicht kommt irgendwann mal wieder die Frage, ob Deutschland dann wieder mehr zahlen muss als bisher. Deswegen sollten wir über dieses Thema "des sozialen Europas" differenziert sprechen und genau diskutieren. Deswegen haben wir diese neun Anträge der SPD angeschaut. Wir haben verschiedene, auch gute Ansätze gefunden. Das sind die ersten vier Anträge, denen wir insgesamt zustimmen werden.

Der erste Antrag ist letztlich nicht mehr und nicht weniger als eine EntschlieÙung. Sie weist darauf hin, dass Europa mehr ist als ein ausgehandeltes Wirtschaftsabkommen. Das ist richtig. Es geht um die Menschen und deren Schutz. Die Resolution spricht zentrale Probleme Europas an und fordert deren Inangriffnahme. Das ist wichtig. Dabei geht es um Wohlstandsunterschiede und soziale Sicherheit. Das sind zentrale Probleme. Diese sollten wir angehen. Deswegen sagen wir: Dieser Antrag ist richtig.

Der zweite Antrag ist ein reiner Berichtsantrag ohne irgendwelche politische Konsequenz. Dem können wir uns natürlich nicht verschließen. Es ist wichtig zu wissen, welchen Standpunkt die Staatsregierung zu dem von der Kommission vorgelegten Entwurf einer europäischen Säule sozialer Rechte einnimmt.

In dem dritten und dem vierten Antrag geht es ein bisschen genauer zur Sache. Es geht um die Grundsätze europäischer Säulen in Bezug auf soziale Rechte, die einen unverbindlichen Charakter haben. Jedoch ist dies eine Richtlinie mit Mindeststandards. Es geht hier also um eine verbindliche Regelung beim Arbeitnehmerschutz. Auch die bayerische Wirtschaft unterstützt diese Punkte. Wir haben bei den verschiedenen Demonstrationen zu TTIP gesehen, dass das auch in Deutschland ein Thema ist und dass die Men-

schen das wollen. Deswegen halten wir diesen Antrag für insgesamt richtig.

Dann kommen wir zu Antrag fünf. Beim Mindestlohn sind wir von den FREIEN WÄHLERN anderer Meinung. Hier sagen wir: Das ist ein Thema der nationalen Wirtschaft. Die EU hat hier keine Kompetenz, und das ist auch gut so. Hier können die Mitgliedstaaten viel besser handeln als eine zentralistische EU. Dieses Problem des Mindestlohns ist nicht nur in Deutschland ein Problem. Hier gibt es viele Unterschiede. Für München ist der Mindestlohn sehr niedrig, für Schwerin ist er sehr hoch. Eine einheitliche Koordination in Europa geht uns schon insgesamt zu weit. Bei den vielen Unterschieden in den europäischen Ländern kann das eigentlich nur jedes Land, jede Volkswirtschaft eigenständig regeln.

Auch der sechste Antrag schießt für uns über das Ziel hinaus. Ich möchte als FREIER WÄHLER nicht über ein Landesparlament fordern, dass sich die EU in Kompetenzen der Mitgliedstaaten einmischt und vorschreibt, wie eine europaweite Sozialpolitik auszusehen hat. Es geht hier um Fragen der auskömmlichen Alterssicherung, der Verhinderung von Armut. Das ist schon ein richtiges und wichtiges Thema. Aber wir meinen, dass die Staaten das selbstständig lösen können und lösen müssen.

Beim siebten Antrag geht es um ein Sonderinvestitionsprogramm für soziale Zwecke. Das ist schon richtig und wichtig, aber es gibt schon genügend Programme, die das ebenfalls umsetzen. Es gibt zum Beispiel den Europäischen Sozialfonds. Es gibt Programme der Erwachsenenbildung usw. Deswegen ist uns immer noch nicht klar, warum jetzt zusätzliche Programme kommen und dadurch Doppelstrukturen geschaffen werden sollen. Wir sind schon für eine Erhöhung der Mittel für Bildung und Forschung, aber wir wollen erst einmal – das ist ein Grundprinzip der FREIEN WÄHLER –, dass bestehende Programme genutzt und aufgestockt werden.

Der achte Antrag fordert strenge Richtlinien gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung. Das ist alles gut und insgesamt richtig. Aber ich denke, hier gibt es schon einen Abschlussbericht der Kommission, und wir meinen, dass dieser Abschlussbericht der Kommission erst noch umgesetzt werden soll.

Im neunten Antrag geht es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Es gibt schon dieses Programm "Jugendgarantie", das jetzt noch ausgebaut und erweitert werden soll. Aber wir haben gesehen, dass dieses Programm "Jugendgarantie" noch gar nicht in allen Staaten umgesetzt worden ist. Deswegen sagen wir: Warten wir erst einmal ab, bis die Um-

setzung dieses Programms in Europa erfolgt ist! Dann können wir konkret weiterreden.

Fazit: Wir können schon nachvollziehen, dass die SPD dieses Thema als wichtig empfindet und dass sie einen Schwerpunkt auf die Stärkung der sozialen Rechte legt. Aber einige Anträge wollen zentralistische Regelungen, die einem Europa der Vielfalt, einem Europa der Regionen einfach widersprechen und zu stark in nationale Kompetenzen eingreifen. Deswegen können wir die letzten fünf Anträge nicht mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erstmal herzlichen Dank an Sie, Herr Präsident, für Ihre Rede bei dem Besuch des Europaausschusses in Brüssel. Sie haben da eine sehr schöne, proeuropäische Rede gehalten. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der CSU)

Ich möchte heute noch an eine andere vielbeachtete Rede erinnern, nämlich an die Rede unseres Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bei der Bundesversammlung am letzten Sonntag. Er sagte unter anderem, Herausforderungen wie die Migrationsströme oder der Kampf gegen den Terrorismus oder der Klimawandel können nicht von den Nationalstaaten alleine bewältigt werden. Er sagte weiter, wenn weder der russische noch der amerikanische Präsident ein Interesse an einem starken Europa haben, dann ist dies ein zusätzliches Argument dafür, dass wir selbst dieses Interesse an einem starken Europa haben müssen. Der Beifall war stark. Aber viele meiner Bekannten waren doch irritiert darüber, dass außerordentlich demonstrativ in der ersten Reihe unser Bayerischer Ministerpräsident nicht applaudierte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Statt Putin zu besuchen oder den Versuchen, quasi im Handgepäck eines Industriellen den amerikanischen Präsidenten besuchen zu können, müssen wir uns mehr um Europa kümmern,

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

müssen wir uns mehr um die Gemeinschaft in Europa kümmern, und wir sagen: Europa darf sich nicht als nordeuropäischer Luxusclub verstehen. Europa muss sich mehr um die Menschen in Europa kümmern und muss alle Menschen in Europa mitnehmen. Nur ein Europa, von dem die Menschen überall glauben, dass es ihnen nützt, ist zukunftsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Angesichts erheblicher Arbeitslosigkeitsprobleme, angesichts erheblicher wirtschaftlicher Ungleichheiten brauchen wir – so auch Kommissionspräsident Juncker – eine Stärkung des sozialen Europa. Von Juncker hat es lange niemand geglaubt, dass er so etwas sagt, aber dies sagte er bereits vor zwei Jahren. Wir müssen, fordert Juncker, uns mehr um die Beschäftigung, um die soziale Sicherheit und um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung kümmern. Und es sei wichtig, so Juncker, deutlich zu machen, dass Europa nicht eine Wirtschaftsunion, sondern ein sozialer Zusammenschluss ist, der allen Europäern nutzen muss.

Es ist so – das ist richtig –, dass Europa im Bereich der Sozialpolitik nahezu keine Regelungskompetenz besitzt, vielleicht ein Gründungsfehler, wer weiß! Dennoch ist es wichtig zu prüfen, inwieweit und wie eine zusätzliche europäische soziale Säule eingezogen werden kann: Arbeitnehmerrechte, Schutz vor sittenwidrigen Arbeitsbedingungen, Schutz vor Missbrauch bei Leiharbeit, Mindestlohnbestimmungen in den jeweiligen einzelnen Ländern.

Das heißt nicht, lieber Kollege Fahn, dass in ganz Europa der Regelmindestlohn gelten muss, sondern dass es Mindestlohnbestimmungen in allen einzelnen europäischen Ländern geben sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um Programme gegen Kinderarmut, um Programme zur Umsetzung der Jugendgarantie. Es geht um Investitionen im sozialen Bereich, um Investitionen für Arbeit und Beschäftigung auch dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist. Es geht um Initiativen gegen Steuerdumping. Ja, das muss Europa tun, und das kann Europa tun!

Nichts anderes als dies fordert auch das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit, beispielsweise am 19. Januar dieses Jahres mit 396 Ja-Stimmen, 180 Nein-Stimmen und 98 Enthaltungen. Ich denke, das ist eine deutliche Mehrheit für ein soziales Europa, für eine Stärkung der sozialen Säule in Europa, an der wir uns hier doch eigentlich auch orientieren könnten.

Die Anträge der SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, zielen in dieselbe Richtung wie die Initiativen der überwältigenden Mehrheit des Europäischen Parlaments. Wir GRÜNE begrüßen die Stärkung der sozialen Rechte und sind gespannt auf die Ergebnisse des Konsultationsverfahrens, das momentan gerade gelaufen ist und bei dem immerhin 16.500 Reaktionen und 200 schriftliche Stellungnahmen eingegangen sind.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sagen: Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist eine Wertegemeinschaft auf der Basis unserer Menschenrechte.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir treten dafür ein, dass Europa diese Verantwortung wahrnimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir stehen in Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 % und einer Jugendarbeitslosenquote von 3,9 % sehr gut da, in Bayern sogar noch besser. Wir haben im Januar 2017 in Bayern eine Arbeitslosenquote von 3,8 % und eine Jugendarbeitslosenquote von 3,1 %.

Das ist aber nicht überall in Europa so. Wenden wir den Blick auf andere Mitgliedstaaten, etwa auf Griechenland, in dem die Arbeitslosenquote bei 23 % und die Jugendarbeitslosenquote bei 40 % liegt, oder wenden wir den Blick auf Spanien und Italien, dann lässt uns das natürlich nicht kalt.

Wir alle sind uns einig, dass Europa soziale Chancen für alle eröffnen muss. Ein soziales Europa muss in allen Mitgliedstaaten Beschäftigung und Wohlstand für seine Bürgerinnen und Bürger schaffen. Ich stehe als überzeugte Europäerin dafür ein. Mir ist das wichtig. Die Europäische Union verfügt bereits heute über eine ausgeprägte soziale Dimension. Die soziale Marktwirtschaft ist Leitbild der Europäischen Union. Sie wird im EU-Vertrag an vorderer Stelle ausdrücklich erwähnt, in Artikel 3 Absatz 3, seit dem Vertrag von Lissabon.

Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wie Wettbewerb und Solidarität waren von Anfang an Grundlagen europäischer Politik. Deshalb verfügt die Europäische Union schon heute über zahlreiche Instrumente und Finanzmittel für soziale Zwecke. Von meinen Vorrednern ist vieles angesprochen worden. Ich denke beispielsweise auch an den Europäischen Sozialfonds mit über 86 Milliarden Euro für die gesamte Europäische Union. Wir in Bayern profitieren ebenfalls vom Europäischen Sozialfonds. Wir haben zum Beispiel Programme wie JOBSTARTER plus für Aus- und Weiterbildung, Qualifizierungsmöglichkeiten und auch für Integrationsmöglichkeiten von Flüchtlingen. Außerdem haben wir den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen. Im Bereich der Bildung existieren bereits verschiedene Förderungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie zum Beispiel an die Programme Comenius, Erasmus, Leonardo da Vinci oder Grundtvig. Die pauschale Forderung nach der Schaffung eines sozialen Europa lässt dies außer Acht.

Heute sind wieder positive Entwicklungen in Europa erkennbar. In der Europäischen Union der 28 hatten wir noch im Jahr 2013 eine Arbeitslosenquote von 10,9 %; im Jahr 2016 betrug sie 8,5 %. Im Jahr 2013 hat die Gesamtjugendarbeitslosigkeit in Europa 23,7 % betragen; im Jahr 2016 ist sie auf 18,6 % gesunken. Die Kommission konnte eine positive Drei-Jahres-Bilanz zur Jugendgarantie und zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ziehen. Für die Beschäftigungsinitiative stehen weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung. Diesen guten Weg gilt es nun weiterzuführen und weiterzugehen.

Dagegen halte ich es für den falschen Weg, einfach nach weiteren Förderprogrammen oder gar nach einem "europäischen Sonderinvestitionsprogramm für soziale Zwecke" zu rufen. Wir müssen vielmehr die vorhandenen Mittel zielgerichtet einsetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine tatsächliche Verbesserung der sozialen Situation in Europa brauchen wir nicht nur EU-Fördergelder, sondern vor allem entschlossene Strukturreformen in den jeweiligen Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien. Wir können jetzt schon sagen, dass es positive Entwicklungen in Europa gibt. Schauen wir nach Irland, aber auch nach Spanien. Dort hat sich vieles verändert. Diese Länder müssen ihre strukturellen Wettbewerbsschwächen überwinden, um wieder mehr Wachstum und Beschäftigung für die Bevölkerung zu schaffen.

Wir brauchen in Europa keine neuen europäischen Vorschriften und mehr Bürokratie von Europa. Schon aus diesem Grund ist Ihr Antrag mit dem Titel "Arbeitnehmerrechte in Verordnung festschreiben" abzuleh-

nen. Aus diesem Grund halten wir auch von Vorgaben aus Brüssel zum Thema Mindestlohn überhaupt nichts. Die Lohnfindung ist zuallererst Aufgabe der Sozialpartner. Im Übrigen sind allein die Mitgliedstaaten für die Ausgestaltung von Mindestlöhnen zuständig. Der Europäischen Union steht in diesem Bereich keinerlei Kompetenz zu. Die Europäische Union muss sich ganz einfach zurücknehmen und ihre Hausaufgaben machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach den europäischen Verträgen besitzt die Europäische Union in der Sozialpolitik und damit auch im Arbeitsrecht keine Kompetenz für den Verordnungserlass. Sozialpolitik ist in erster Linie eine Sache der nationalen Mitgliedstaaten. Das muss auch in der Zukunft so bleiben. Deshalb sind die soziale Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Bayern und in Deutschland auch so gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Ausweitung von EU-Kompetenzen. Bei der Beschäftigungs- und Sozialpolitik liegt die Kompetenz aus gutem Grund primär bei den Mitgliedstaaten. Die Europäische Union muss das Subsidiaritätsprinzip beachten. Wir wollen nicht, dass uns Brüssel immer mehr in unseren Sozialstaat hineinregiert.

(Beifall bei der CSU)

Viele Mitgliedstaaten und Regionen in Europa beneiden uns um unseren Sozialstaat. Unser Sozialstaat gehört zum Kernbereich unserer staatlichen Souveränität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, hat die Europäische Kommission im vergangenen Jahr eine Konsultation über den Entwurf der sogenannten Europäischen Säule sozialer Rechte durchgeführt. Diese soll einen Katalog sozialer Rechte beinhalten und als Kompass zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension in Europa dienen. Wir als Freistaat Bayern bringen uns in die Konsultation ein. Eines ist für uns auch klar: Wir wollen keine Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa. Sozialpolitik und Strukturreformen sind Sache der Mitgliedstaaten und sollen es auch bleiben. Ich finde es wichtig, dass die Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Sozialpolitik zusammenarbeiten. Die Europäische Union kann und soll diese Zusammenarbeit unterstützen. Sie soll die Instrumente und Strukturen zur Koordinierung der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik nutzen, die bereits dafür geschaffen wurden: Europäische Beschäftigungsstrategie, Europäisches Semester, die offene Methode der Koordinierung und vieles andere mehr. Wir haben die Instrumente. In Zukunft muss es schwerpunktmäßig darum gehen, die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Dazu gehört die Stärkung der Zusammenarbeit der

nationalen Arbeitsverwaltungen. Wir müssen darauf achten, dass die europäischen Verträge respektiert werden und die Mitgliedstaaten selbst handlungsfähig bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage mit aller Deutlichkeit: Wir wollen ein soziales Europa, aber wir wollen keinen EU-Supersozialstaat, in den wir einzahlen und in dem andere die Leistungen beziehen.

(Beifall bei der CSU)

Daher sollten wir die Anträge, die gestellt worden sind, auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Pfaffmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben sich auf der einen Seite als überzeugte Europäerin inszeniert. Auf der anderen Seite haben Sie tief in die postfaktische Argumentationskiste hineingegriffen. Ich frage Sie: Wie ist Ihre überzeugte europäische Darstellung mit der Politik der Bayerischen Staatsregierung zu vereinbaren? Der Bayerische Ministerpräsident setzt sich lieber mit den Europa-Zerstörern auseinander als mit europäischen Fragen. Er würde gerne mit dem Europa-Zerstörer Trump essen gehen. Den ehemaligen Britischen Premierminister Cameron hat er als Lichtgestalt bezeichnet. Europa-Zerstörer Putin hat er hofiert. Wie ist das mit Ihrer Aussage, Sie seien eine überzeugte Europäerin, zu vereinbaren? – Man hat den Eindruck, als praktiziere die CSU-Staatspolitik das Gegenteil. Das ist das eine. Das andere ist Folgendes: Sie haben vorhin diese postfaktischen Äußerungen gemacht: Wir wollen keinen EU-Supersozialstaat; wir wollen nicht, dass Brüssel hineinregiert. Liebe Frau Staatsministerin, können Sie mir in den heute diskutierten Anträgen eine einzige Textstelle nennen, in der das verlangt bzw. gefordert wird? Nur so können wir Ihre Argumentation verstehen. Darum geht es nämlich in den Anträgen gar nicht. Insofern haben Sie wie so oft nichts anderes gemacht, als Stimmung zu machen, um Ihre eigene Ablehnung hier zu begründen.

Zum Dritten und Letzten sei gesagt – –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich habe noch eine kurze Frage: Können Sie mir vielleicht drei sozialpolitische Anträge Ihrer Fraktion oder Ihrer Regierung nennen, die sich mit dem Thema "Soziales Europa" be-

schäftigen, und zwar innerhalb der letzten drei Jahre. Drei Anträge würden mir schon genügen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ich antworte sehr gerne auf diese Fragen. Wir sind doch alle Europäer. Wir wollen die enge Zusammenarbeit innerhalb Europas. Ich gehe davon aus, dass Ihnen das ebenfalls ein Anliegen ist. Europa besteht noch aus 28, noch nicht aus 27 Staaten. Wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt. Wir arbeiten eng zusammen. Wir haben das Recht auf Freizügigkeit. Wir haben beispielsweise auch viele Länder dabei unterstützt, ihre Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Hier möchte ich nur das Sonderprogramm MobiPro-EU nennen, falls Ihnen das ein Begriff ist. Spanische Jugendliche, die keinen – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen Sie vielleicht auf meine Fragen antworten?)

– Ja, ich antworte auf Ihre Frage. – Das ist unsere aktive und praktische Antwort auf all das, was verwirklicht werden muss: der Zusammenhalt innerhalb Europas. Innerhalb der Europäischen Union arbeiten wir wegen der gemeinsamen Strategien zur Strukturreform eng zusammen. Wir sind ein Geberland und kein Nehmerland. Auch da finanzieren – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen Sie meine Frage beantworten?)

Wir stehen zum sozialen Europa. Da müssen wir nicht nachbessern. Wir warten jetzt auf die Konsultation.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welche Konsultation?)

– Die Konsultation zu einer "europäischen Säule sozialer Rechte", die jetzt läuft bzw. gelaufen ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Pfaffmann, wir führen hier keine Zwiegespräche.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich darf aber schon eine Antwort auf meine Frage erwarten!)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Dazu haben wir unsere Stellungnahmen am 13.12.2016 eingebracht. Wir haben alle unsere Positionen und auch das, was wir nicht wollen, eingebracht. So wollen wir keine europäische Arbeitslosenversicherung. Das ist ja klar.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo steht das in dem Antrag? – Zuruf: Das fordert die SPD doch gar nicht in ihren Anträgen!)

Warten Sie doch einmal ab, was aus der Konsultation hervorgeht. Warten Sie doch einmal ab, was uns Europa präsentiert. Danach können wir hier weiterreden. Aber ich rate Ihnen einfach davon ab, ins Blaue hinein zu diskutieren und sinnlose Anträge zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Das sagen Sie! Das sagen Sie!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten – können wir uns da hinten beruhigen? – sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung der Anträge. Die SPD hat Einzelabstimmung über die Anträge beantragt. Bleibt es dabei? – Gut, dann beginnen wir mit der Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Drucksache 17/12541 abstimmen; das ist der Tagesordnungspunkt 7. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 17/12542. Das ist der Tagesordnungspunkt 8. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12543 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 9. Der federführende Ausschuss empfiehlt erneut die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12544 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 10. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag auf Drucksache 17/12545 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 11.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der federführende Ausschuss empfiehlt erneut die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12546 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 12. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12547 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 13. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Drucksache 17/12548 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 14. Der federführende Ausschuss empfiehlt erneut die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der

CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen?
– Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch über den Antrag auf Drucksache 17/12605 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 15. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthal-

tungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 7 bis 15 erledigt. Weitere Tagesordnungspunkte stehen nicht an. Damit schließe ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 17.11 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen; COM (2016) 377 final
 BR-Drs. 380/16
 Drs. 17/13384, 17/15322 (E) [X]

**Gemäß §§ 149 Abs. 2 und 126 Abs. 3 S. 2 BayLTGeschO:
 Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Gelebte Tradition: Bayerischen Amateurtheaterverband nachhaltig unterstützen
 Drs. 17/10868, 17/15268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bayerisches Amateurtheater stärken
Drs. 17/13189, 17/15269 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Alle bayerischen Amateurtheater fördern!
Drs. 17/14078, 17/15270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anliegen der Deutschen aus Russland in den bayerisch-russischen Beziehungen berücksichtigen: Einsatz für ein Sozialversicherungsabkommen!
Drs. 17/11717, 17/15321 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Metropolregion ernst nehmen – Ein Staatstheater für Augsburg
Drs. 17/12419, 17/15024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst
Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Bestandsgarantie und weiterer Ausbau in der Asylsozialberatung
Drs. 17/12619, 17/15314 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitswacht abschaffen
Drs. 17/13078, 17/15141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Peter Winter, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen für kleine land- und forstwirtschaftliche Betriebe weiterentwickeln
Drs. 17/13223, 17/15287 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Gebühren bei Falschalarmsinsatz abschaffen
Drs. 17/13501, 17/15271 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Situation der Kindertheater in Bayern
Drs. 17/13564, 17/15025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Atomkonzerne nicht aus der finanziellen und moralischen
Verantwortung für den Atommüll entlassen
Drs. 17/13693, 17/15265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Kommunale Innen- und Außenbeleuchtung gegen energieeffiziente Alternativen austauschen
Drs. 17/13790, 17/15039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Auftragsvergabe für den 2. S-Bahn-Tunnel in München
vor erneuter Berechnung der Wirtschaftlichkeit
Drs. 17/13813, 17/15304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Mittelschulen stärken – Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule ermöglichen
Drs. 17/13819, 17/15297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mittelschule stärken – Fokus auf Berufsorientierung
und beruflichen Anschluss richten!
Drs. 17/13828, 17/15296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Einsatz von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen
Verfahren verstärken
Drs. 17/13878, 17/15295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachberatung anerkannter Flüchtlinge ermöglichen –
Änderung der Förderrichtlinie für die Asylsozialberatung
Drs. 17/13884, 17/15315 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Michaela Kaniber u.a. CSU
Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft (BaySL)
für kleinstrukturierte Milchviehbetriebe erweitern
Drs. 17/13893, 17/15288 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Thorsten Schwab, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Rückgang der staatlichen Betriebsleitung und
-ausführung im Kommunalwald verträglich gestalten
Drs. 17/14047, 17/15289 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Dezentralen Hochwasserschutz stärken
Drs. 17/14110, 17/15266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfahren der Lehrereinstellung und des Versetzungsverfahrens transparent gestalten – jungen Lehrkräften Planungssicherheit geben!
Drs. 17/14155, 17/15153 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen endlich beschließen
Drs. 17/14189, 17/15294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwachstellen beim Digitalfunk beseitigen
Drs. 17/14192, 17/15272 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Investitionsförderprogramme weiterentwickeln
Drs. 17/14425, 17/15290 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Gemeinschaftsverpflegung
Drs. 17/14457, 17/15291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer,
Kerstin Schreyer u.a. CSU
Position der Deutschen aus Russland durch ein
Sozialversicherungsabkommen jetzt stärken!
Drs. 17/14467, 17/15323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>